



PPP
Die Rolle
öffentlich-privater
Partnerschaften



8

TEN
Transeuropäische
Netze gehören zu
den prioritären
Zielen der EIB



12

**Wasser-
wirtschaft**
EIB-Finanzierungen in
der Wasserwirtschaft
des Vereinigten
Königreichs



18

Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2004

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat 2004 Darlehen von insgesamt 43,2 Mrd EUR (2003: 42,3 Mrd) für Projekte vergeben, die zur Erreichung der Ziele der Europäischen Union beitragen. Die Finanzierungen in den 25 EU-Mitgliedstaaten beliefen sich auf 39,7 Mrd EUR, wovon auf die zehn neuen Mitgliedstaaten 3,8 Mrd EUR entfielen. In nicht zur EU gehörenden Ländern wurden 3,5 Mrd EUR zur Verfügung gestellt.

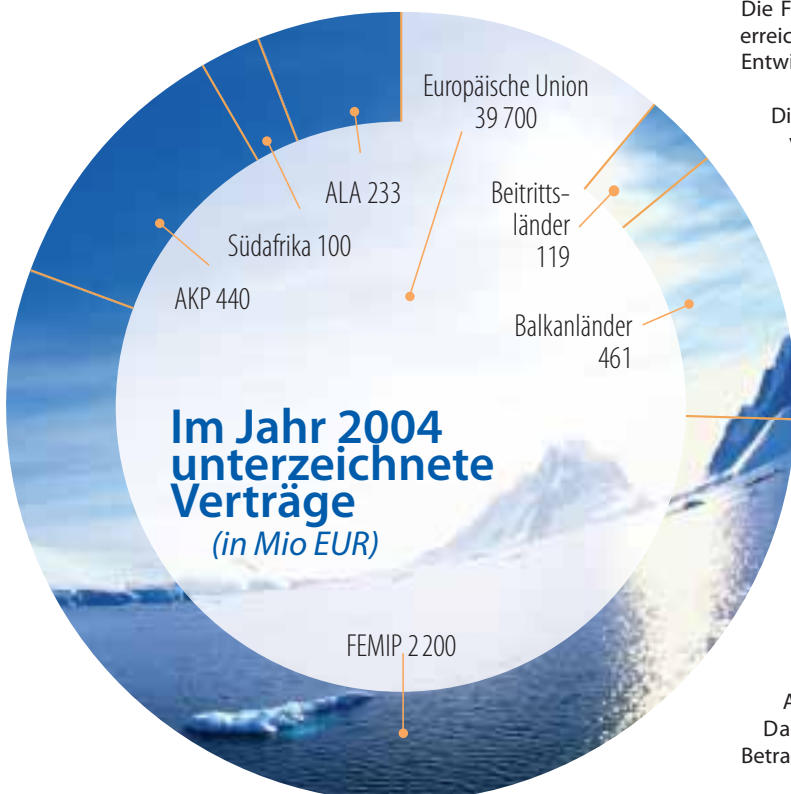
Die Finanzierungen in den Beitrittsländern (Bulgarien und Rumänien) erreichten 119 Mio EUR, und in den westlichen Balkanstaaten hat die EIB Entwicklungsprojekte mit 461 Mio EUR gefördert.

Die zur Unterstützung der Entwicklungspolitik der EU von der EIB vergebenen Mittel beliefen sich auf insgesamt 2,9 Mrd EUR. Im Rahmen der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (FEMIP) wurden Darlehen von 2,2 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. 440 Mio EUR wurden auf der Grundlage des Abkommens von Cotonou in den Partnerländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans bereitgestellt. Weitere 100 Mio EUR wurden in Südafrika und 233 Mio EUR in Asien und Lateinamerika vergeben.

2004 beteiligte sich der Europäische Investitionsfonds (EIF) – die auf Risikokapitalfinanzierungen und Garantien spezialisierte Tochtergesellschaft der EIB-Gruppe – mit 358 Mio EUR an Risikokapitalfonds, so dass sich sein Portfolio auf insgesamt 2,8 Mrd EUR erhöhte. Darüber hinaus stellte er Garantien für KMU-Portfolios von zwischengeschalteten Finanzinstituten im Gesamtbetrag von 1,4 Mrd EUR.

Zur Refinanzierung ihrer Darlehensvergabe hat die EIB auf den internationalen Kapitalmärkten durch 282 Anleiheemissionen in 15 Währungen insgesamt 50 Mrd EUR aufgenommen.

Am 31. Dezember 2004 beliefen sich die ausstehenden Darlehen der EIB auf 265,8 Mrd EUR und der ausstehende Betrag ihrer Anleiheverbindlichkeiten auf 214,8 Mrd EUR. ➔





Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2004	1
Innovative Lösungen für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen: Die Rolle öffentlich-privater Partnerschaften	8
Finanzierung der Transeuropäischen Netze (TEN)	12
EIB-Finanzierungen für die Wasserwirtschaft im Vereinigten Königreich	18
Zusammenarbeit mit der IDB in der Karibik und in Lateinamerika	20
Wirtschaftlicher Wandel in Mittel- und Osteuropa	22
Neue Kontrollstruktur in der EIB	23
Programm zum Wiederaufbau in den vom Erdbeben betroffenen türkischen Gebieten (Turkish Earthquake Rehabilitation and Reconstruction Assistance – TERRA)	24

Jahrespressekonferenz der EIB

In ihrer Darstellung der im Jahr 2004 von der EIB-Gruppe erzielten Ergebnisse vor der akkreditierten internationalen Presse gaben EIB-Präsident **Philippe Maystadt** und Vizepräsident **Wolfgang Roth** einen Überblick über die Ergebnisse und die Aussichten der Bank bezüglich ihrer wichtigsten operativen Prioritäten sowie ihrer Rolle als führender internationaler nichtstaatlicher Anleiheemittent. In diesem Zusammenhang wurde die Unterstützung durch die Gruppe zugunsten des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der erweiterten EU und der Umsetzung der Lissabon-Strategie im Rahmen der Innovation-2010-Initiative (i2i) besonders hervorgehoben.

Beide Sprecher gingen ferner auf die Strategie der Bank ein, die mehr auf den zusätzlichen Nutzen ausgerichtet ist, d.h. Qualität über Quantität setzt und weniger auf Wachstum um des Wachstums Willen hinarbeitet. Das bedeutet, dass die Bank für alle von ihr mitfinanzierten Projekte Folgendes gewährleistet:

- 1 Übereinstimmung der Finanzierungsoperationen mit den vorrangigen Zielen der EU;
- 2 Qualität und Tragfähigkeit jedes Investitionsvorhabens;
- 3 besondere finanzielle Vorteile, die sich aus der Inanspruchnahme von EIB-Mitteln ergeben, und der Bedarf an solchen Vorteilen, um geplante Investitionen beschleunigt durchführen zu können.

In der Praxis ergibt sich daraus für die EIB das Ziel, das Finanzierungswachstum innerhalb der EU-15 auf nominal 2% pro Jahr zu begrenzen, während die Darlehensstätigkeit in den neuen Mitgliedstaaten rascher ausgeweitet werden soll, damit die EIB verstärkt zum wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Länder beitragen kann. Auch die Finanzierungen zugunsten der Beitritts- und Bewerberländer sowie in nicht der EU angehörenden Ländern könnten stärker zunehmen. Der Finanzierungstätigkeit der EIB werden jedoch weiterhin dieselben Hauptprioritäten zugrunde liegen.

Die diesbezügliche Pressemitteilung und eine Reihe von Hintergrundinformationen zu wichtigen Themen können auf der Website der EIB unter www.eib.org/news/events abgerufen werden.



EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber: Juan Manuel Sterlin Balenciaga

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB, Vlaamse Huisvestingsmaatschappij, DONG, GIF, Eiffage, Transco, Arlette Pegraglio – IDB.



⇒ Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt in der erweiterten EU (28,5 Mrd EUR)

Die Förderung des Zusammenhalts der EU durch einen Beitrag zur Verringerung der Ungleichgewichte zwischen den Regionen ist die wichtigste Aufgabe der EIB und ihre erste operative Priorität. Mit der Osterweiterung der Union hat diese Priorität noch größere Bedeutung erlangt, da alle neuen Mitgliedstaaten als Fördergebiete eingestuft sind.

In den 25 EU-Ländern wurden im Jahr 2004 Einzeldarlehen (Darlehen für von der Bank geprüfte einzelne Projekte) im Gesamtbetrag von 21,5 Mrd EUR für Investitionsvorhaben gewährt, die zur Stärkung des wirtschaftlichen Potenzials von Fördergebieten beitragen. Weitere 7 Mrd EUR wurden Partnerinstituten in Form von Kreditlinien (Globaldarlehen) für die Finanzierung von KMU-Projekten und von kleineren öffentlichen Investitionen zur Verfügung gestellt. Der Gesamtbetrag der Finanzierungen zugunsten der Regionalentwicklung von 28,5 Mrd EUR macht etwa 72% der Gesamtausleihungen in der EU-25 aus.

Die Finanzierungen in den Regionalentwicklungsgebieten betrafen hauptsächlich den Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur (39% der gewährten Einzeldarlehen), Investitionen in der Industrie und im Dienstleistungssektor (20%), städtische Infrastrukturvorhaben (14%) und Infrastrukturprojekte im Gesundheits- und im Bildungswesen (11%). In den neuen Mitgliedstaaten setzte die EIB ihre Bemühungen zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen, die zum Transfer von Know-how und von Kapital in die Region und damit zur Modernisierung und Umstrukturierung der Industrie beitragen, fort.

Die Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission wurde weiter intensiviert. Dabei wurde insbesondere das Ziel verfolgt, die Koordination der Tätigkeit der EIB mit den Operationen der Strukturfonds, die jetzt auch in den neuen Mitgliedstaaten zum Einsatz gelangen, zu verbessern.

Innovative und wissensbasierte europäische Wirtschaft (7 Mrd EUR)

Mit ihrer „Innovation-2010-Initiative“ („i2i“) unterstützt die EIB die Lissabon-Strategie der EU zur Schaffung einer informations- und wissensbasierten Wirtschaft. Ziel der EIB ist es, innerhalb des laufenden Zehnjahreszeitraums 50 Mrd EUR für die Steigerung der Innovationsfähigkeit der EU und die Verbesserung ihrer längerfristigen Wettbewerbsfähigkeit bereitzustellen.

Im Rahmen dieses Gesamtziels möchte die EIB allein im Zeitraum 2004-2006 20 Mrd EUR für mittel- bzw. langfristige Finanzierungen in den Schlüsselbereichen allgemeine und berufliche Bildung, FuE und Wissensverbreitung (Markteinführung innovativer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen insbesondere im privaten Sektor) sowie Entwicklung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (Hardware, Content und Anwendungen, darunter insbesondere E-Dienste) bereitstellen. Dies umfasst auch Finanzierungen im Rahmen des Schnell-

startprogramms des Innovationsbereichs der Europäischen Aktion für Wachstum.

Bisher konnte die EIB ihre aus der i2i resultierenden Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen. Der seit Einführung der i2i im Jahr 2000 bis Ende 2004 insgesamt genehmigte Darlehensbetrag belief sich auf 34,4 Mrd EUR und der Betrag der tatsächlich unterzeichneten Darlehen auf 24,1 Mrd EUR. Im Jahr 2004 wurden rund 60 i2i-Darlehen im Gesamtbetrag von 7 Mrd EUR bereitgestellt (2003: 6,2 Mrd EUR, 2002: 3,6 Mrd EUR).

Beispiele

- *Modernisierung und Sanierung günstiger Sozialwohnungen in Stadterneuerungsgebieten in Wallonien (Belgien)*
- *Werk zur Erzeugung von rostfreiem Stahl in Tornio (Finnland)*
- *Ausbau von Straßen und städtischer Infrastruktur in Brandenburg (Deutschland)*

Innovation-2010-Initiative



Beispiele

- *Pharmazeutische Forschung und Entwicklung – Schering AG (Deutschland)*
- *FuE-Aktivitäten im Zusammenhang mit der Diabetes-Therapie – Novo Nordisk A/S (Dänemark)*
- *Breitband-Telekommunikationsnetz in Galicien (Spanien)*
- *Freie-Elektronen-Laser für ein großes Elektronensynchrotron - Sincrotrone Trieste Scpa (Italien)*

Die i2i-Finanzierungen seit dem Jahr 2000 verteilen sich auf die drei Schlüsselbereiche FuE und nachgelagerte Investitionen (42%), allgemeine und berufliche Bildung zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (29%) und IKT (29%). Die Projekte betrafen Standorte in der gesamten EU-25. Etwa drei Viertel des Darlehensvolumens war für Projekte in Regionalfördergebieten bestimmt und zielte darauf ab, auch in den weniger entwickelten Regionen eine wissensbasierte Wirtschaft zu fördern. Etwa 80% des Gesamtbetrags der Finanzierungen kamen der Privatwirtschaft zugute. Angesichts des derzeit umfangreichen Bestands an in Prüfung befindlichen i2i-Projekten wird die EIB ihr Ziel, bis 2010 50 Mrd EUR zur Unterstützung der Lissabon-Strategie bereitzustellen, zweifellos erreichen können.

Finanzierungen auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Innovation sind mit anderen Risiken verbunden als Finanzierungen von Sachinvestitionen. Die EIB hat daher schrittweise ihre Möglichkeiten für die Gewährung von Darlehen mit einem höheren Ausleihrisiko verstärkt, indem sie die Mittel für ihre Fazität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) erhöht hat. Darlehen im Rahmen der FSF werden somit in größerem Umfang für Operationen auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Innovation bereitgestellt werden, bei denen die Risiken höher als üblich sind.

Die EIB hat ferner Maßnahmen ergriffen, um den spezifischen Finanzierungsbedürfnissen mittelgroßer Unternehmen (Unternehmen mit mindestens 250 und höchstens 3 000 Beschäftigten) insbesondere für die Finanzierung von FuE besser Rechnung zu tragen. Derzeit werden Anstrengungen zur Entwicklung neuer Finanzinstrumente unternommen, um Darlehen und Zuschüsse (in der Regel von der EU, jedoch auch aus nationalen Haushalten) miteinander zu kombinieren und so mehr Mittel für FuE und Innovation mobilisieren zu können.

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) unterstützt die Innovation-2010-Initiative durch Beteiligungen an Risikokapitalfonds. 2004 hat er Beteiligungen im Gesamtbetrag von 358 Mio EUR (2003: 135 Mio EUR) übernommen und dadurch sein Beteiligungsportfolio auf 2,8 Mrd EUR erhöht, die sich auf rund 200 in der EU-25 tätige Fonds verteilen. Seine Beteiligungsoperationen im vergangenen Jahr betrafen insgesamt 15 Risikokapitalfonds in Italien, Spanien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland sowie auch in den neuen Mitgliedstaaten. Der EIF ist als Dachfonds tätig; sein Schwerpunkt (zwei Drittel seines Portfolios) liegt auf Fonds, die auf Frühphasenfinanzierungen (in erster Linie in den Bereichen IKT und Life Sciences) und auf den Hochtechnologiektor spezialisiert sind. In diesem Segment ist er heute einer



Transeuropäische Netze

Beispiele

- Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke Mailand - Neapel
- Autobahn Österreich - Kroatien (Gesamteuropäischer Verkehrskorridor X)
- Autobahn Prag - Dresden (Gesamteuropäischer Verkehrskorridor IV Berlin - Istanbul)
- Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke zwischen Madrid, Barcelona und der französischen Grenze

der größten Risikokapitalanbieter Europas. Der EIF hat unlängst seine Beteiligungs-politik modifiziert, um auch Fonds für mittelfristige und Spätphasenfinanzierungen berücksichtigen zu können. Mehr als 80% der bisher investierten Mittel wurden von der EIB zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Kapitalgeber ist die Kommission.

Die Bedingungen auf dem Risikokapitalmarkt sind insbesondere im Frühphasensegment noch immer schwierig. Privatanlegerverhalten sich hauptsächlich aufgrund der unsicheren Marktlage und ihrer starken Risikoscheu weiterhin eher zurückhaltend. Angesichts des schwierigen Umfelds kommt der Marktpräsenz des EIF als eine stabile Mittelquelle und somit als Anreiz für private Finanzierungsmittel umso größere Bedeutung zu.

Der EIF fördert außerdem auf indirektem Weg die Investitionstätigkeit von KMU, indem er Finanzinstituten oder öffentlichen Garantieeinrichtungen Garantien für ihre KMU-Kreditportfolios gewährt. Im Jahr 2004 hat der EIF Garantieoperationen in Höhe von 1,4 Mrd EUR für KMU-Kreditportfolios abgeschlossen und seinen Garantiebestand damit auf 7,7 Mrd EUR erhöht. Die Garantien erleichtern die Absicherung derartiger Portfolios bzw. reduzieren die aufsichtsrechtliche Kapitalunterlegung für solche Aktiva, wodurch die betreffenden Finanzinstitute ihre Kreditvergabe an KMU ausweiten können.

Transeuropäische Netze (7,9 Mrd EUR)

Leistungsfähige Verkehrs-, Energie- und Informationsnetze sind wesentlich für die wirtschaftliche Integration der erweiterten EU. Als Reaktion auf verschiedene EU-Initiativen, die zur Definition der Transeuropäischen Netze (TEN) in der EU-25 sowie in den verbleibenden Beitrittsländern geführt haben, hat die EIB ihre Tätigkeit zugunsten der TEN, bei deren Finanzierung sie bereits seit zehn Jahren stark engagiert ist, weiter intensiviert. Im Rahmen des Schnellstartprogramms der Europäischen Aktion für Wachstum widmet sie den TEN ebenfalls besondere Aufmerksamkeit. Bis zu 25 Mrd EUR können im Zeitraum 2004-2006 für TEN im Verkehrsbereich zur Verfügung gestellt werden, und zwar insbesondere für Projekte im Rahmen des Schnellstartprogramms. In besonderen Fällen können die bereitgestellten Darlehen bis zu 75% der Investitionskosten entsprechen und mit Laufzeiten von bis zu 35 Jahren bei flexiblen Rückzahlungskonditionen ausgestattet sein.

Im Jahr 2004 wurden für TEN-Projekte in der erweiterten EU insgesamt 7,9 Mrd EUR zur Verfügung gestellt, von denen 6,6 Mrd EUR den Verkehrssektor und 1,3 Mrd EUR die Energiewirtschaft betrafen.

Umweltschutz (10,9 Mrd EUR)

Im Jahr 2004 hat die EIB zugunsten von umweltbezogenen Projekten Einzeldarlehen von insgesamt 10,9 Mrd EUR unterzeichnet; davon entfielen 10,4 Mrd EUR auf die EU-25 (EU-15: 9,8 Mrd EUR). Damit hat die EIB ihr Ziel, 30%-35% aller Einzeldarlehen in der EU-25 und in den Beitrittsländern für Umweltvorhaben zu vergeben, mehr als erreicht. Der Großteil des Finanzierungsvolumens betraf die städtische Umwelt (6 Mrd EUR), d.h. den städtischen Nahverkehr und die Stadterneuerung.

Der Bereich der erneuerbaren Energien (EE) hat für die EIB an Bedeutung gewonnen. Auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn (2004) hat die EIB zugesagt, den EE-Anteil am gesamten Finanzierungsvolumen für neue Stromerzeugungskapazitäten in der EU bis zum Jahr 2010 von derzeit rund 15% auf 50% zu steigern, wobei der Anteil der Windkraft zugunsten anderer erneuerbarer Energieträger zurückgehen soll. Dies entspricht dem Ziel der EU, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in der EU-25 im gleichen Zeitraum auf 22% zu erhöhen. Darüber hinaus erwägt die EIB zur Förderung der EU-Agenda von Lissabon die Finanzierung von Projekten, die neue und innovative Technologien im Bereich Erneuerbare Energien betreffen, auch wenn diese Vorhaben nicht den Standardkriterien der Bank für die volkswirtschaftliche Rentabilität entsprechen, jedoch nachweislich das Potenzial haben, innerhalb einer akzeptablen Zeitspanne rentabel zu werden.

Zur Unterstützung der Klimaschutzpolitik leitete die Bank 2004 die folgenden neuen Initiativen ein: die mit 500 Mio EUR ausgestattete Klimaschutz-Finanzierungsfazilität (Climate Change Financing Facility), aus der europäische Unternehmen, die an dem im Januar 2005 angelaufenen Europäischen Emissionshandelssystem teilnehmen, unterstützt werden; die Fazilität für Technische Hilfe im Bereich Klimaschutz (Climate Change Technical Assistance Facility) von 10 Mio EUR, aus der bedingte Zuschüsse für die Ermittlung von Projekten in Schwellen- bzw. in Entwicklungsländern, die in das Emissionshandelssystem eingebunden sind, bereitgestellt werden können; und den Gesamteuropäischen Fonds für den Emissionshandel, der den Handel mit Emissionsgutschriften unterstützen soll. Der Fonds würde gemeinsam mit der Weltbank errichtet werden, mit der zur Zeit noch Gespräche über die Einzelheiten geführt werden.

Die Strategie der EIB in Fragen des Umweltschutzes und des Klimawandels ist in ihren auf der Website der Bank veröffentlichten „Environmental Statements“ (Aufgaben und Tätigkeit im Umweltbereich, 2003 und 2004) dargelegt.



Beispiele

- *Modernisierung und Erweiterung der Hauptkläranlage von Wien (Österreich)*
- *Bau eines Offshore-Windparks im Südosten Dänemarks*
- *Modernisierung und Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes im Großraum Lyon (Frankreich)*

• *Die EIB hat dem Bereich der erneuerbaren Energien mehr Gewicht beigemessen*

• *Die Finanzierungen im Rahmen der FEMIP erreichten eine Rekordhöhe von 2,2 Mrd EUR*

Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit der EU (3,5 Mrd EUR)

2004 erreichten die Finanzierungen im Rahmen der FEMIP den Rekordbetrag von 2,2 Mrd EUR, die sich auf vier Hauptbereiche verteilen: Privatsektor (33%), Verkehr (30%), Energie (25%) und Umwelt (8%). Die FEMIP wurde im Hinblick auf die im Barcelona-Prozess vorgesehene und bis 2010 zu vollendende Freihandelszone Europa-Mittelmeer eingerichtet, um die Entwicklung des Privatsektors sowie den Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in den Partnerländern im Mittelmeerraum zu unterstützen. Die Fazilität ermöglicht den Unternehmen (darunter auch ausländischen Investoren) den Zugang zu Finanzierungsprodukten, die in der Region ansonsten nur schwer erhältlich sind. Hierzu gehören langfristige Darlehen, Finanzierungen mit Risikoteilung, Risikokapital oder Finanzierungen für technische Hilfe.

Partnerländer



Beispiele

- *Bau einer Gaspipeline zwischen Ägypten und Jordanien*
- *Neues Kraftwerk in Mauretanien*

In den AKP-Ländern (Afrika, karibischer Raum, Pazifischer Ozean) sind die Finanzierungen im Jahr 2004 zurückgegangen. Diese Entwicklung spiegelt sowohl die wirtschaftliche Lage in den AKP-Ländern und die Einstellung der Finanzierungstätigkeit in Ländern wie Côte d'Ivoire und Simbabwe als auch Sachzwänge im Zusammenhang mit dem Abkommen von Cotonou wider. Die ausländischen Direktinvestitionen entwickelten sich nur zögerlich, da die Risiken als hoch angesehen werden und zu viele administrative Hindernisse bestehen. Es werden jedoch zunehmend in Frage kommende Projekte ermittelt, und die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investitionen in den AKP-Staaten verbessern sich allmählich.

Die EIB stellte zur Finanzierung von Vorhaben in Asien und Lateinamerika Darlehen im Gesamtbetrag von 232,9 Mio EUR zur Verfügung. Davon wurden 167,3 Mio EUR in Lateinamerika und 65,6 Mio EUR in Asien bereitgestellt.

Mittelbeschaffung im Jahr 2004

Die EIB konnte ihre führende Position auf den internationalen Anleihemärkten weiter stärken. Das Mittelaufnahmevermögen erhöhte sich um 18% auf 50 Mrd EUR, die durch 282 Operationen in 15 Währungen beschafft wurden. Der Großteil der Mittel wurde in EUR (35% des Gesamtvolumens) und in USD (36%) aufgenommen, gefolgt von GBP (19%). 90% der Mittel wurden somit in diesen drei Hauptwährungen (EUR, GBP, USD) beschafft. Die Währungsdiversifizierung wurde mit der Emission von Anleihen in 12 weiteren Währungen (10% der Mittel) fortgesetzt, was im Wesentlichen Währungen neuer und künftiger EU-Mitgliedstaaten betraf.

In ihrer Mittelbeschaffungsstrategie widmete die EIB der Qualität der Durchführung und der Sekundärmarktperformance unvermindert große Aufmerksamkeit, was zur hohen Wertbeständigkeit der EIB-Anleihen beitrug. Zugleich nahm die Bank auch die Möglichkeiten wahr, strukturierte bzw. auf spezielle Märkte und Kunden abgestimmte Emissionen zu begeben. Mit dieser Strategie konnte die EIB ihre Emissionstätigkeit erheblich ausweiten und gleichzeitig eine Vorreiterrolle spielen, indem sie insbesondere neue Bereiche für Anleihen mit langen Laufzeiten erschloss, erstmals Titel in neuen Währungen begab und die Emissionstätigkeit in Segmenten wiederbelebte, in denen sie lange Zeit geruht hatte. Die positive Aufnahme der Mittelbeschaffungsstrategie der Bank durch den Markt kam auch durch die außergewöhnlich vielen Auszeichnungen zum Ausdruck, die die EIB für ihre Mittelbeschaffungstätigkeit erhielt (vgl. Kasten).

*Als die Finanzierungs-
institution der EU trägt
die EIB zum Erreichen
der politischen Ziele
der Union bei. Sie fühlt sich
daher zu größtmöglicher
Transparenz und einem
Höchstmass an
Informationsübermittlung
verpflichtet.*

Durch die Emission von Referenzanleihen konnte die Marktliquidität erhöht und den Anlegern ein breiteres Laufzeitspektrum geboten werden. Rund 25% aller 2004 aufgenommenen Mittel betrafen Laufzeiten von 10 Jahren oder länger. Im EUR-Bereich wurde durch eine innovative 15-jährige Anleihe im Umfang von 4 Mrd EUR ein neues Referenzsegment mit langer Laufzeit erschlossen, das führende Staatstitel umfasst. Diese Anleihe trug wesentlich zur Diversifizierung der Anlegerbasis in Europa bei, und zwar insbesondere bei den an langen Laufzeiten interessierten Anlegern wie etwa Versicherungsgesellschaften oder Pensionsfonds. Im USD-Bereich war die EIB der einzige internationale Emittent, der in allen wesentlichen Laufzeiten – d.h. von zwei bis zehn Jahren – Referenzanleihen begeben hat. Dies leistete ebenfalls einen Beitrag zur Diversifizierung der Anlegerbasis. Die Zahl der Platzierungen bei US-amerikanischen Anlegern erhöhte sich, wobei durchschnittlich ein Drittel der USD-Referenzanleihen in den USA untergebracht wurde. In GBP verdoppelte die Bank die Zahl der neuen Referenzanleihe-Tranchen und erhöhte die Liquidität in Laufzeitenbereichen bis zum Jahr 2054.

Der japanische Markt war weiterhin eine wichtige Refinanzierungsquelle, und zwar sowohl bei JPY-Emissionen als auch bei Fremdwährungstiteln. Die stärkere regionale Präsenz auf bestimmten anderen Märkten wurde dadurch ermöglicht, dass die EIB in Segmenten tätig wurde, in denen seit langer Zeit keine Emissionen erfolgt waren, und zwar namentlich im AUD- und im CAD-Bereich. Das Emissionsvolumen der Bank in ZAR verdoppelte sich ebenfalls, womit sie ihre Position als größter gebietsfremder Emittent festigen konnte. Weitere Diversifizierungen betrafen Emissionen in synthetischen türkischen Lira und russischen Rubel, bei denen die Zahlungen in USD erfolgen.

Eine weitere wichtige Entwicklungsaufgabe kam der EIB in den Währungen neuer und künftiger EU-Mitgliedstaaten zu, wo sich

die von ihr begebenen Anleihen auf 1,2 Mrd EUR beliefen. In dieser Region erweiterte die Bank nicht nur die Liquidität und die angebotene Laufzeitenpalette, sondern wurde auch erstmals in drei neuen Währungen (maltesische Lira, slowenische Tolar und bulgarische Lew) tätig und war jedes Mal der erste Emittent mit AAA-Rating bzw. von mit Staatsanleihen vergleichbaren Titeln, der nicht der jeweilige Staat war. Wie in den Vorjahren war die Bank neben den jeweiligen Staaten der größte Emittent in den neuen und künftigen Mitgliedstaaten. Die wachsende Mittelaufnahme in den Landeswährungen dieser Staaten wirkte sich auch positiv auf die Darlehensstätigkeit der EIB aus und trug dazu bei, ihre Position als größter Geldgeber in der Region zu stärken.

Transparenz

Die EIB, die Finanzierungsinstitution der Europäischen Union, trägt zum Erreichen der politischen Ziele der EU bei. Sie fühlt sich daher verpflichtet, äußerste Transparenz zu wahren und ein Höchstmaß an Informationen zu geben. Als Bank hat sie jedoch auch die Aufgabe, die berechtigten kommerziellen und marktsensitiven Interessen ihrer Kunden zu schützen. Diese beiden Faktoren müssen von der EIB sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Die Schaffung von Transparenz ist ein laufender Prozess. In den letzten Jahren hat die EIB dabei beträchtliche Fortschritte erzielt, und sie wird weiter bestrebt sein, die Transparenz zu erhöhen.

Die Leitlinien für die Transparenzpolitik der Bank sind in dem Papier „Transparenz – Bericht und Vorschläge“ festgelegt, das 2004 auf der Website der EIB veröffentlicht wurde. Es gibt einen Überblick über die Informationspolitik der Bank und enthält Vorschläge für weitreichende Verbesserungen. Ein weiteres wichtiges Dokument, das 2004 ebenfalls auf der EIB-Website veröffentlicht wurde, ist die „Erklärung zur Führungsstruktur der EIB“.

Eine größere Transparenz stimuliert auch den Dialog mit der Zivilgesellschaft, darunter insbesondere mit den nichtstaatlichen Organisationen (NGO), die als Vertreter des öffentlichen Interesses wertvolle Beiträge zur Entwicklung der Politik leisten können. Sie tragen dazu bei, Institutionen wie die EIB für Probleme und Anliegen auf lokaler Ebene zu sensibilisieren, und können nützliche Zusatzinformationen zu Projekten liefern. □

Mittelbeschaffungstätigkeit: Auszeichnungen im Jahr 2004

Im Jahr 2004 erhielt die Bank eine außergewöhnlich große Zahl von Auszeichnungen für ihre Mittelbeschaffungstätigkeit. Mehrere davon wurden von der IFR vergeben, deren Auszeichnungen allgemein als „Oskars“ der Kapitalmärkte angesehen werden. Die Bank erhielt nicht nur für sämtliche Anlagenklassen die höchste Auszeichnung, die ein Emittent überhaupt erhalten kann („Emittent des Jahres“), sondern wurde darüber hinaus auch als bester Emittent in Europa und als bester Emittent in der Gesamtkategorie „Supranationale/Staaten/Agencies“ ausgezeichnet. Die EIB erhielt somit erstmals drei der acht wichtigsten Auszeichnungen, die die IFR Emittenten verleiht, was für den Markt außergewöhnlich ist. Hinzu kommt noch, dass die EUR-Referenzanleihe der Bank mit einer Laufzeit von 15 Jahren eine IFR-Auszeichnung als beste Anleiheemission in der Kategorie „Supranationale/Staaten/Agencies“ erhielt. Außerdem wurden der Bank im Rahmen der von Euroweek unter den Marktteilnehmern durchgeführten Umfrage zahlreiche Auszeichnungen verliehen, darunter die Spitzenauszeichnungen als „beeindruckendster Emittent“ und „innovativster Emittent“ (in beiden Fällen der erste Platz) sowie als „Emittent mit der aggressivsten Preispolitik“ (dritter Platz). Darüber hinaus belegte sie den ersten Platz bei den „Deals of the Year“ und erhielt noch mehrere andere Auszeichnungen.



Von der IFR auf der Basis eines umfangreichen Informationsrückflusses seitens der Marktteilnehmer verliehene Auszeichnungen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Emittent des Jahres (unter sämtlichen Emittenten und für alle Anlagenklassen) • Europäischer Emittent • Agency/Supranationaler Emittent • Anleiheemission in der Kategorie Supranationale/Staaten/Agencies (EARN-Anleihe im Umfang von 4 Mrd EUR, Laufzeit bis 04/2020) 	
Von Euroweek aufgrund einer Umfrage unter den Marktteilnehmern verliehene Auszeichnungen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Beeindruckendster Emittent des Jahres 2004 <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: Europäische Investitionsbank • Beste(r) supranationale(r) Emittent/Agency <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: Europäische Investitionsbank • Innovativster Emittent <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: Europäische Investitionsbank • Emittent mit der aggressivsten Preispolitik <ul style="list-style-type: none"> – Rang 3: Europäische Investitionsbank • Deals of the Year (kategorienübergreifend) <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: EIB, 4 Mrd EUR 4,625% April 2020, ABN Amro, Citigroup, Deutsche Bank – Rang 5: EIB, 1,5 Mrd USD 4,625% Mai 2014, JP Morgan, Morgan Stanley, UBS • Deals of the Year nach Kategorien <ul style="list-style-type: none"> - Kategorie: USD Staaten/Supranationale/Agencies: <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: EIB, 1,5 Mrd USD 4,625% Mai 2014, JP Morgan, Morgan Stanley, UBS - Kategorie: EURO Staaten/Supranationale/Agencies: <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: EIB, 4 Mrd EUR 4,625% April 2020, ABN Amro, Citigroup, Deutsche Bank • Deals nach Währungen <ul style="list-style-type: none"> - Kategorie: Neuseeland-Dollar: <ul style="list-style-type: none"> – Rang 1: EIB, 200 Mio NZD 6,5% September 2014, RBS (einzige Emission mit Auszeichnung) - Kategorie: Aufstrebende Märkte: <ul style="list-style-type: none"> – Rang 2: EIB, 46 Mrd HUF 9% Juli 2007, Deutsche Bank 	
Von Euromoney verliehene Auszeichnung:	
<ul style="list-style-type: none"> • Bester supranationaler Emittent des Jahres 2004 in Westeuropa 	
Von MTN-I für die Emission strukturierter Titel und von nicht-strukturierten Anleihen („Plain-Vanilla“) im Rahmen des Medium Term Notes-Programms verliehene Auszeichnungen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Innovation and Achievement Award 2004 • 3 Deals of the Year <ul style="list-style-type: none"> – Anleihe von 50 Mrd JPY mit Bindung an die Inflationsrate in Japan – 190 Mio EUR/250 Mio EUR CMS Spread Target Redemption Notes – 625 Mio EUR CMS Periodic Capped Floating-Rate Notes 	



Die EIB-Konferenz 2005 zu Wirtschafts- und Finanzfragen, die am 20. Januar stattfand, beschäftigte sich mit öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP – „Public-Private Partnership“) als alternativer Finanzierungsform für Infrastrukturvorhaben. Die Konferenz brachte Forscher und Praktiker aus zahlreichen Ländern und Institutionen zusammen und beleuchtete ein Thema, das zu den Kernaufgaben der EIB gehört. Seit eineinhalb Jahrzehnten begleitet die EIB die Entwicklung des europäischen PPP-Marktes und hat daher ein offenkundiges Interesse daran, die Analyse der volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile öffentlich-privater Partnerschaften zu verfolgen und ihren Beitrag dazu zu leisten. Die von der Konferenz behandelten Themen umfassten die volkswirtschaftliche Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen, die Wirtschaftlichkeit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben bzw. der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen und die Erfahrungen verschiedener Länder bei der Anwendung von PPP-Lösungen.

Innovative Lösungen für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen: Die Rolle öffentlich-privater Partnerschaften

*Von Timo Väilä
Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien*

Die Tagung begann mit einem Überblick über die langfristige Entwicklung europäischer Infrastrukturinvestitionen und ihre möglichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen. **Timo Väililä** von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB beschrieb die bei öffentlichen und privaten Infrastrukturinvestitionen in den vergangenen drei Jahrzehnten zu beobachtenden Trends. Der Anteil öffentlicher Investitionen am BIP ist in allen Nicht-Kohäsionsländern zurückgegangen, wobei der Durchschnitt in den EU-15-Ländern seit Anfang der 70er Jahre von 4,5% um fast die Hälfte auf 2,5% des BIP sank. Dieser Rückgang war in Österreich, Belgien, Dänemark und dem Vereinigten Königreich besonders stark, doch selbst in diesen Ländern ist der Bestand an öffentlichen Vermögenswerten nicht geschwunden. Das deutet darauf hin, dass das derzeitige Niveau öffentlicher Investitionen zwar deutlich niedriger als in der Vergangenheit ist, aber immer noch ausreicht, um den Wertverlust der Aktiva des öffentlichen Sektors auszugleichen. Allerdings übertraf in den vergangenen zwei Jahrzehnten die öffentliche Verschuldung in den meisten EU-15-Ländern den Bestand an öffentlichen Vermögenswerten, so dass der Schluss nahe liegt, dass die anhaltenden Haushaltsprobleme das Nettovermögen des Staates erodieren ließen. Vor dem Hintergrund derartiger Haushaltsprobleme verwundert es kaum, dass privat finanzierte Infrastrukturvorhaben als Alternative zu öffentlichen Infrastrukturinvestitionen an Bedeutung gewinnen. Private Infrastrukturfinanzierungen im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften sind zwar in ganz Europa anzutreffen, ihr Umfang und ihre systematische Bedeutung sind jedoch bisher noch gering. Nur im Vereinigten Königreich und in Portugal sind solche Partnerschaften sowohl hinsichtlich der Zahl der durchgeführten Projekte als auch bezüglich ihrer Größe im Vergleich zu öffentlichen Investitionsvorhaben von Bedeutung. Alles in allem drängt sich daher der Schluss auf, dass die rückläufigen öffentlichen Investitionen und die Zunahme privater Investitionen im Rahmen von PPP-Konstruktionen zwar qualitativ wichtige Entwicklungen darstellen, dass ihre quantitative Bedeutung jedoch nicht überschätzt werden sollte.

Jakob de Haan von der Universität Groningen in den Niederlanden betrachtete die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Infrastrukturinvestitionen und zog aus der Analyse einer Vielzahl empirischer Studien zu diesem Thema einige Schlussfolgerungen bezüglich des Zusammenhangs zwischen öffentlichen Investitionen und Wirtschaftswachstum. Derartige Studien sind mit zahlreichen Herausforderungen verbunden, darunter auch mit der Aufgabe anzugeben, auf welche Weise genau Infrastruktureinrichtungen das Wachstum beeinflussen: Fördert eine Straße das Wachstum, weil sie selbst ein Produktionsfaktor ist, weil sie die Gesamtfaktorproduktivität erhöht oder weil sie die Transportkosten senkt? Weitere He-

rausforderungen ergeben sich aufgrund von Nichtlinearitäten im Verhältnis zwischen öffentlichen Investitionen und Wachstum infolge von Überlastungs- und Vernetzungseffekten sowie von Ausstrahlungseffekten, bei denen sich die Infrastruktureinrichtungen benachbarter Länder gegenseitig beeinflussen, und auch aufgrund der Tatsache, dass nicht nur öffentliche Investitionen das Wachstum fördern, sondern der Kausalzusammenhang auch in der entgegengesetzten Richtung wirken kann. Abgesehen von all diesen unbeantworteten Fragen kam de Haan zu dem Schluss, dass in der jüngeren Literatur ein gewisser Konsens dahingehend besteht, dass öffentliche Investitionen in der Tat das Wirtschaftswachstum fördern, dass ihre Auswirkungen auf das Wachstum jedoch bei weitem geringer sind, als in der älteren Literatur angenommen wurde. Darüber hinaus gibt es Belege für die These, dass die Kausalität zwischen Infrastrukturinvestitionen und Wachstum in beide Richtungen wirkt und dass die Stärke dieser Wirkung zwischen verschiedenen Ländern, Regionen und Sektoren erheblich schwankt. De Haan beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis auf möglicherweise fruchtbare Bereiche für zukünftige Forschungsarbeiten und nannte hier die optimale Größe des Bestandes öffentlicher Vermögenswerte, die Determinanten für öffentliche Investitionen und die Rolle von Infrastrukturinstandhaltungsmaßnahmen.

Die zweite Konferenzsitzung konzentrierte sich auf die Wirtschaftlichkeit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben bzw. der Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen. In Vorbereitung auf die nachfolgenden Vorträge untersuchte **Timo Väililä** die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen im Hinblick auf öffentlich-private Partnerschaften sowohl aus mikro- wie auch aus makroökonomischer Sicht. Die Tatsache, dass öffentlich-private Partnerschaften politische Ziele des öffentlichen Sektors mit dem privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziel (Kosteneffizienz) kombinieren, kann unter bestimmten Umständen dazu führen, dass bei PPP-Vorhaben Infrastrukturdienstleistungen kostengünstiger als bei herkömmlichen öffentlichen Eigenrealisierungen erbracht werden (der Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel also höher ist). Zu den Voraussetzungen für die Überlegenheit einer PPP-Lösung zählen die Eignung für eine Vergabe der betreffenden Aufträge an Privatunternehmen, die Bedeutung der Einführung technischer Innovationen zur Erzielung einer kosteneffizienten Lösung, keine zu starken negativen Auswirkungen der Kosteneffizienz auf die Dienstleistungsqualität und die Nutzung positiver Synergien zwischen den verschiedenen Projektabschnitten. Die Erfüllung dieser Bedingungen kann bei der Wahl der PPP-Option zu mikroökonomischen Nutzeneffekten (auf Projektebene) führen, doch werden diese Nutzeneffekte nicht automatisch in makroökonomische Vorteile – insbesondere ein höheres Wirtschaftswachstum – umgewandelt, da es keine Garantie dafür gibt, dass



Timo Väililä



Jakob de Haan



Mathias Dewatripont



Patrick Legros



Paul Grout

⇒ die durch Kosteneinsparungen freigesetzten Mittel für andere Zwecke produktiv eingesetzt werden. Aus diesem Grund und auch aufgrund der Tatsache, dass die derzeitigen Rechnungslegungsvorschriften für PPP zu ungerechtfertigten Vorteilen zu ihren Gunsten führen können, sollten makroökonomische Erwägungen bei der Wahl zwischen der herkömmlichen öffentlichen Auftragsvergabe und PPP-Lösungen keine Rolle spielen. Vielmehr sollte eine diesbezügliche Entscheidung nur auf Überlegungen hinsichtlich der mikroökonomischen Kosteneffizienz basieren.

Mathias Dewatripont und **Patrick Legros** von der Université Libre de Bruxelles beschäftigten sich in ihrem Vortrag mit konzeptionellen Fragen zum Risikotransfer und zur Vertragsgestaltung bei PPP-Vorhaben. Unter Anerkennung der positiven Rolle einer Finanzierung von außen bei der Bewertung und Überwachung von Projekten wiesen sie auf die Tatsache hin, dass die Zufuhr externen Eigenkapitals auch den Anreiz für die privaten Partner zur Erbringung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen gefährden kann, da ein Teil des Ertrags ihrer Bemühungen den externen Eigenkapitalgebern zufällt. Dagegen ist dieses Risiko im Falle einer Finanzierung mit Fremdmitteln aufgrund der dann nicht vorhandenen Dividendenzahlungen geringer. Hinsichtlich der Gestaltung von PPP-Verträgen konzentrierten sich Dewatripont und Legros darauf, wie sich die Vertragsgestaltung auf das Auftreten von Kostenüberschreitungen auswirkt. Sie kamen zu dem Schluss, dass eine restriktive Vertragsgestaltung (Vollständigkeit des Vertrags) zwar Kostenüberschreitungen verringern kann, jedoch nicht notwendigerweise zu einer Senkung der Gesamtkosten führt, da die Konkurrenz auf dem Markt durch die Verschärfung der Vertragsbedingungen verringert wird. Diese Möglichkeit verleiht der Forderung nach einer externen Projektüberwachung weiteren Nachdruck, etwa in Gestalt eines Großgläubigers, der ein starkes Interesse an einer Überwachung des Projekts hat, dessen Präsenz jedoch gleichzeitig den Anreiz für große Qualitätsanstrengungen der privaten Partner nicht zu stark mindert.

Paul Grout von der Universität Bristol im Vereinigten Königreich wandte sich der Frage zu, wie der Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel („value for money“) gemessen werden kann und stellte eine Reihe möglicher diesbezüglicher Tests mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen vor. Solche Value-for-money-Tests lassen sich nach Grouts Ansicht grob in verschiedene Kategorien untergliedern: volle Kosten-Nutzen-Analysen, reine Kostenvergleiche zwischen öffentlichen Eigenrealisierungen und privaten Lösungen (PPP), Vergleiche verfügbarer Privatalternativen und Tragfähigkeitstests für einzelne Projekte. Die meisten Länder, die den Wirkungsgrad der eingesetzten Mittel gesondert prüfen, wenden hierzu einen reinen Kostenvergleich



Armin Riess



Campbell Thomson



Patricia Leahy



Rui Sousa Monteiro



Christian von Hirschhausen

Die EIB-Konferenz 2005 diente damit nicht nur den Interessen der Bank, sondern entsprach auch den Erwartungen vieler Tagungsteilnehmer aus Politik und Wirtschaft.

für die öffentliche Eigenrealisierung und die PPP-Alternativen an, wobei oft Anpassungen zur Berücksichtigung von Qualitätsunterschieden vorgenommen werden. Derartige Tests beruhen auf der Konstruktion eines Public Sector Comparator (PSC), der bekanntermaßen schwer zu ermitteln ist. Eine wichtige mögliche Fehlerquelle ist hierbei der jeweilige Abzinsungssatz für die einzelnen Mittelströme. Solche Probleme lassen sich mindern oder sogar beseitigen, indem der Vergleich auf die verfügbaren Alternativlösungen des Privatsektors beschränkt wird. Die Vorteile einer derartigen Prüfung sind um so größer, je mehr Wettbewerber bei der Ausschreibung Angebote abgeben. Wenn es dagegen in der Phase der Angebotsabgabe keinen echten Wettbewerb gibt, kommt dem Public Sector Comparator entscheidende Bedeutung zu und gleichzeitig ist seine Ermittlung dann besonders schwierig. Da dann das Risiko, ein nicht tragfähiges Projekt durchzuführen, am größten ist, scheint in diesem Fall die Durchführung eines Tragfähigkeitstests, der lediglich den Nettogegenwartswert des Projekts berücksichtigt, die beste Option zu sein.

In der Nachmittagssitzung der Konferenz wurde versucht, einige Lehren aus den praktischen Erfahrungen mit öffentlich-privaten Partnerschaften zu ziehen. **Armin Riess** von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB stellte die Frage, ob das PPP-Modell sektorübergreifend anwendbar ist. Ob die Erbringung einer öffentlichen Dienstleistung von der Koppelung der Bau- und der Dienstleistungsphase profitiert oder nicht – ob also eine öffentlich-private Partnerschaft der herkömmlichen öffentlichen Auftragsvergabe überlegen ist oder nicht –, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Besonders wichtig sind folgende Fragen: Wie schwierig ist es, für die Dienstleistungen Auftragnehmer zu finden? Besteht Spielraum für finanziell profitable und aus sozialer Sicht vorteilhafte Kosteneinsparungen? Sind auch finanziell profitable, aber aus sozialer Sicht nachteilige (d.h. qualitätsmindernde) Kosteneinsparungen möglich? Auf der Grundlage dieser Kriterien argumentierte Riess, dass die Koppelung der Bau- und der Dienstleistungsphase im Fall von Straßen, Brücken, Tunnels, Wasserwirtschaft und Abfallbeseitigung sowie bei den nicht zentralen Dienstleistungen etwa im Gesundheits- und Bildungswesen (Unterbringung in Krankenhäusern und Schulen, deren

Reinigung, Verpflegung usw.) vorteilhaft sein kann. Im Gegensatz dazu sind zentrale Dienstleistungen im Gesundheits-, Bildungs- und Gefängniswesen sowie Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie wahrscheinlich keine guten Kandidaten für PPP-Vorhaben, da solche Dienstleistungen nur schwer extern vergeben werden können. Ebenso können auch Eisenbahnnetze nicht für eine Koppelung der Bau- und der Dienstleistungsphase in Frage kommen, da es möglicherweise zu negativen Synergien zwischen diesen beiden Phasen kommt (Investitionen in die Sicherheit wären zwar aus sozialer Sicht vorteilhaft, würden jedoch die Kosten erhöhen). Beim Vergleich dieser theoretischen Untersuchungen mit dem Vorkommen von PPP-Projekten in der Realität wies Riess auf die Tatsache hin, dass eine gewisse Übereinstimmung zwischen den theoretischen Koppelungskriterien und der Praxis – insbesondere außerhalb des Vereinigten Königreichs – besteht, dass diese Übereinstimmung jedoch nicht notwendigerweise nur aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus entstanden ist.

Campbell Thomson von der Abteilung Evaluierung der Operationen (EV) der EIB stellte die Ergebnisse einer Evaluierung von PPP-Projekten, die von der EIB finanziert wurden, vor. Er betonte, dass die EIB in der Frage, ob Vorhaben als öffentlich-private Partnerschaften oder herkömmliche öffentliche Eigenrealisierungen durchgeführt werden, gemäß der EU-Politik neutral ist, dass jedoch die Nutzung öffentlich-privater Partnerschaften als ein Mittel angesehen wird, private Mittel für die Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturvorhaben zu mobilisieren, sofern das Projekt auf einer soliden wirtschaftlichen Basis steht. Die Einschaltung der EIB ist dabei mit einer Reihe möglicher Vorteile sowohl in finanzieller Hinsicht (Verfügbarkeit und Kosten der EIB-Mittel, längere Darlehenslaufzeit) als auch in nicht-finanzieller Hinsicht (Projektvalidierung und Katalysatoreffekte, Wissenstransfer und mögliche politische Auswirkungen) verbunden. Hinsichtlich der Ergebnisse der von der EIB finanzierten PPP-Projekte kam Campbell Thomson zu dem Schluss, dass bei diesen Projekten die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass sie fristgerecht und im Rahmen der veranschlagten Kosten fertiggestellt werden, es jedoch auch Hinweise gibt, dass die Effizienz und die finanzielle Nachhaltigkeit einiger Projekte durch zu optimistische Nachfrageprognosen gefährdet werden. Das zentrale Ergebnis der Evaluierung ist jedoch, dass in der Praxis die Wahl nicht so sehr zwischen einer öffentlich-privaten Partnerschaft und der herkömmlichen öffentlichen Auftragsvergabe getroffen wird, sondern die Alternative zu einem PPP-Projekt vielmehr – zumindest auf kurze bis mittlere Sicht – in der Nichtdurchführung besteht. Die Schlüsselfaktoren für den Erfolg sind der Grad an Wettbewerb und die Eindeutigkeit der Projektspezifikationen.



Bei der Vorstellung der Erfahrungen im Vereinigten Königreich unterschied **Patricia Leahy** vom britischen Rechnungshof (National Audit Office) zwischen organisatorischen und transaktionsspezifischen Erfolgsfaktoren. Zu ersteren zählen die Eindeutigkeit der Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten und organisatorischen Abläufe des PPP-Vorhabens, die Erfahrung im öffentlichen Sektor und das effektive Management der öffentlich-privaten Partnerschaft im Laufe der Zeit. Die transaktionsspezifischen Erfolgsfaktoren umfassen dagegen die Eindeutigkeit der vertraglichen Anforderungen und der vereinbarten Dienstleistungsstandards, die Ermutigung zu innovativen Lösungen zur Erfüllung dieser Standards und eine optimale Risikoteilung. Im Vereinigten Königreich erfolgreich durchgeführte PPP-Projekte betrafen Gefängnisse, Straßen, Immobilien und die Bereitstellung von Räumlichkeiten im Gesundheits- und Bildungswesen – mit anderen Worten also Großinvestitionen, die der nachfolgenden Instandhaltung bedürfen. Im Gegensatz hierzu waren öffentlich-private Partnerschaften im IT-Bereich oder bei Vorhaben mit überproportional hohen Transaktionskosten nicht erfolgreich.

Rui Sousa Monteiro von der Parapública SA stellte die bisherigen Erfahrungen mit öffentlich-privaten Partnerschaften in Portugal vor. Während PPP-Vorhaben einerseits die Beschleunigung des Ausbaus von Infrastruktureinrichtungen und die Verbesserung der Versorgung der Endverbraucher in Portugal ermöglicht haben, sind bei diesen Vorhaben auch Verzögerungen und Kostenüberschreitungen sowie eine suboptimale Risikoverteilung aufgetreten. Außerdem stellt sich bezüglich des Staatshaushalts auch die Frage nach der langfristigen Finanzierbarkeit. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für PPP-Vorhaben sind institutionelle Änderungen auf den Weg gebracht worden. So wurde eine PPP-Abteilung im Finanzministerium eingerichtet und die Konstruktion eines Public Sector Comparator (PSC) vorgeschrieben. Zudem wurden Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs bei der Auftragsvergabe ergriffen. Sousa Monteiro betonte, dass öffentlich-private Partnerschaften nicht nur zur Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen in

Portugal beigetragen haben, sondern auch als Vehikel für die Reformierung des öffentlichen Sektors dienen, indem sie das Augenmerk des öffentlichen Sektors auf Ergebnisse und auf die Zufriedenheit der Endnutzer richteten.

Christian von Hirschhausen von der Technischen Universität Berlin und vom DIW Berlin untersuchte Nutzung und Potenzial von öffentlich-privaten Partnerschaften in den neuen Mitgliedstaaten der EU. Vor dem Hintergrund der dringenden Notwendigkeit von Erneuerung und Ausbau der Infrastruktureinrichtungen einerseits und der angespannten öffentlichen Finanzen andererseits könnten PPP-Vorhaben in diesen Ländern ein attraktive Lösung darstellen. Von Hirschhausen wies jedoch auch darauf hin, dass die Strukturreformen im Infrastrukturbereich in der Regel langsam vorangehen, es oft zu Regierungswechseln mit einer entsprechenden Änderung beispielsweise der Verkehrspolitik kommt und bisher keine vernetzte Infrastrukturplanung stattfindet. Die bislang durchgeführten PPP-Projekte sind daher durch häufige Nachverhandlungen, Kostenüberschreitungen und eine insgesamt kurzfristige Sichtweise geprägt. Nichtsdestotrotz gibt es Hinweise darauf, dass sich die zuständigen politischen und wirtschaftlichen Institutionen mit der Zeit stabilisieren und PPP-Vorhaben im Vergleich zu herkömmlichen öffentlichen Eigenrealisierungen Boden gutmachen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Vorträge und die sich daran anschließenden lebhaften Diskussionen einen Beitrag zur Ermittlung und Klärung der Bedingungen leisteten, unter denen öffentlich-private Partnerschaften eine tragfähige Alternative zur herkömmlichen Eigenrealisierung von öffentlichen Investitionsprojekten darstellen. Die EIB-Konferenz 2005 diente damit nicht nur den Interessen der Bank, sondern entsprach auch den Erwartungen vieler Tagungsteilnehmer aus Politik und Wirtschaft.

Die Konferenzbeiträge werden in der zehnten Ausgabe der EIB Papers veröffentlicht. Sie sind ab Juni 2005 erhältlich und können unentgeltlich bei infoefs@eib.org angefordert oder im Internet unter www.eib.org/efs abgerufen werden.

Finanzierung der Trans-europäischen Netze (TEN)

Als Finanzierungsinstitution der Europäischen Union spielt die EIB bei der Finanzierung der Transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze (TEN) und ihrer Zugangssysteme eine entscheidende Rolle. Der Ausbau dieser Netze ist ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche und soziale Integration der Union sowie für die Förderung ihrer wirtschaftsschwächeren Regionen. Somit gehört die Finanzierung der TEN zu den vorrangigen Zielen der Bank.



*Juan Manuel
Sterlín Balenciaga
Hauptabteilung
Kommunikation*

Seit sich die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 1993 im Rahmen des Vertrags von Maastricht über die Notwendigkeit zur Entwicklung Transeuropäischer Netze (TEN) verständigt haben, ist die Bank mit einem Finanzierungsvolumen von insgesamt 71 Mrd EUR die führende Finanzierungsquelle für derartige Investitionen geworden. Sie hat sich an der Finanzierung von zwölf der 14 TEN-Verkehrsprojekte und von acht der zwölf TEN-Energieprojekte beteiligt, die der Europäische Rat Essen im Dezember 1994 als vorrangig eingestuft hatte.

Umfangreiches Engagement

Während der letzten zehn Jahre hat die EIB einen bedeutenden Beitrag zum Ausbau dieser Netze in der Union geleistet, indem sie Projekte in allen Sektoren finanzierte: Straße (Bau und Ausbau von Straßen und Autobahnen in Griechenland, Portugal und Spanien); Schiene (Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Spanien und Italien); Häfen (Erweiterung oder Modernisierung von Hafeninfrasturktur in Spanien, Griechenland, den Niederlanden und Schweden); Flughäfen (Modernisierung von Flughafenanlagen in Italien, Griechenland, Deutschland und Irland) sowie Energie (Produktion und Übertragung von Strom oder Gas im Vereinigten Königreich, Italien, Irland und Dänemark).

Diese intensive Tätigkeit innerhalb der Europäischen Union wird durch die Aktivitäten der EIB außerhalb der EU ergänzt. Gemäß der Strategie, die in den Vorbeitriffs-Abkommen und bei den Gesamteuropäischen Konferenzen der Verkehrsminister in Kreta (1994) und Helsinki (1997) festgelegt wurde, hat die Bank über 40% ihrer Ausleihungen für die Lösung von Verkehrsproblemen in den Beitrittsländern vergeben. So wurden Darlehen für den Bau und Ausbau von Straßen und Autobahnen in Polen, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, für die Sanierung von Eisenbahnstrecken in Ungarn und der Tschechischen Republik, für die Modernisierung von Hafenanlagen in Lettland sowie für Flughäfen in Litauen und Estland vergeben.

Im Kontext der neuen „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ und der Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa – Mittelmeer (FEMIP) finanziert die Bank darüber hinaus eine Reihe

von Verkehrs- und Energieprojekten, die zur Verbesserung der Verbindungen zwischen der erweiterten Union und ihren Nachbarn beitragen.

„Zusätzlicher Nutzen“ der EIB für TEN

Die EIB hat einen spezifischen Ansatz für die Finanzierung derartiger Projekte entwickelt, die nicht nur erhebliche Mittel, sondern auch einen umfassenden technischen und ökologischen Input erfordern. Neben ihrer beträchtlichen finanziellen Kapazität, die insbesondere in der sehr langen Laufzeit (25 Jahre oder mehr) zum Ausdruck kommt, kann die Bank darüber hinaus das finanzielle Umfeld eines Projekts verbessern, indem sie für den Projektzyklus „maßgeschneiderte“ Vorfinanzierungs- und Rückzahlungsbedingungen bietet, vorausgehende Studien berücksichtigt, Financial Engineering vornimmt, um eine Risikoteilung mit anderen Investoren zu ermöglichen und andere Bankfinanzierungen (oder EU-Zuschüsse) zur Bildung geeigneter Finanzierungspakete mobilisiert.

Die katalytische Wirkung der Einschaltung der EIB ist am deutlichsten bei Projekten erkennbar, die als öffentlich-private Partnerschaften (PPP) strukturiert sind und die inhärenten Vorteile beider Sektoren für die Schaffung derartiger Infrastrukturen kombinieren. Durch ihre PPP-Finanzierungen spielt die Bank darüber hinaus eine tragende Rolle in der Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Aufbau ihrer organisatorischen

Kapazität in diesem Bereich (siehe Kasten).

Die Aktion für Wachstum und die 30 vorrangigen Projekte

Die EIB hat aktiv an der Vorbereitung der Europäischen Aktion für Wachstum mitgewirkt. Ziel dieser im Dezember 2003 in Brüssel vom Europäischen Rat beschlossenen Initiative ist es, das langfristige Wachstumspotenzial Europas durch höhere Investitionen in den Bereichen TEN sowie FuE zu stärken.

Im Bereich der TEN hat die Europäische Aktion für Wachstum 30 neue vorrangige Projekte mit

einem geschätzten Gesamtwert von 600 Mrd EUR identifiziert. Die Auswahl dieser Projekte beruhte auf ihrer langfristigen Bedeutung für die Integration des Binnenmarktes in der erweiterten Union, ihrem Reifegrad, ihrer volkswirtschaftlichen und finanziellen Tragfähigkeit, ihrer Wachstumswirksamkeit und ihrer Hebelwirkung auf privates Kapital. Die neuen vorrangigen Projekte betreffen vorwiegend den Schienenverkehr (21 von 30), umfassen jedoch auch Vorhaben für Straßen, Häfen und Flughäfen.

Darüber hinaus umfasst die Liste der vorrangigen TEN-Energieprojekte (TEN-E) der Kommission insgesamt zehn Strom- und Erdgastransportprojekte, die von kleinen, grenzüberschreitenden Stromleitungen bis zu transkontinentalen Gaspipelines reichen.

Innerhalb dieses erneuerten Rahmens hat die Bank eine neue TEN-Investitionsfazilität (TIF) mit dem Ziel eingerichtet, bis zum Ende des Jahrzehnts 50 Mrd EUR in diesem Sektor zu investieren, davon die Hälfte bis zum Jahresende 2006 für die am weitesten fortgeschrittenen Projekte.

Die Operationen der Bank werden sowohl herkömmliche Darlehen mit sehr langen Laufzeiten und angemessenen tilgungsfreien Zeiten als auch die Einführung neuartiger Finanzinstrumente umfassen, die auf die Lösung von Risikoproblemen abzielen und daher als Katalysator für die Mobilisierung des privaten Sektors bei der Finanzierung von TEN dienen. Diese Instrumente sind im Einzelnen:

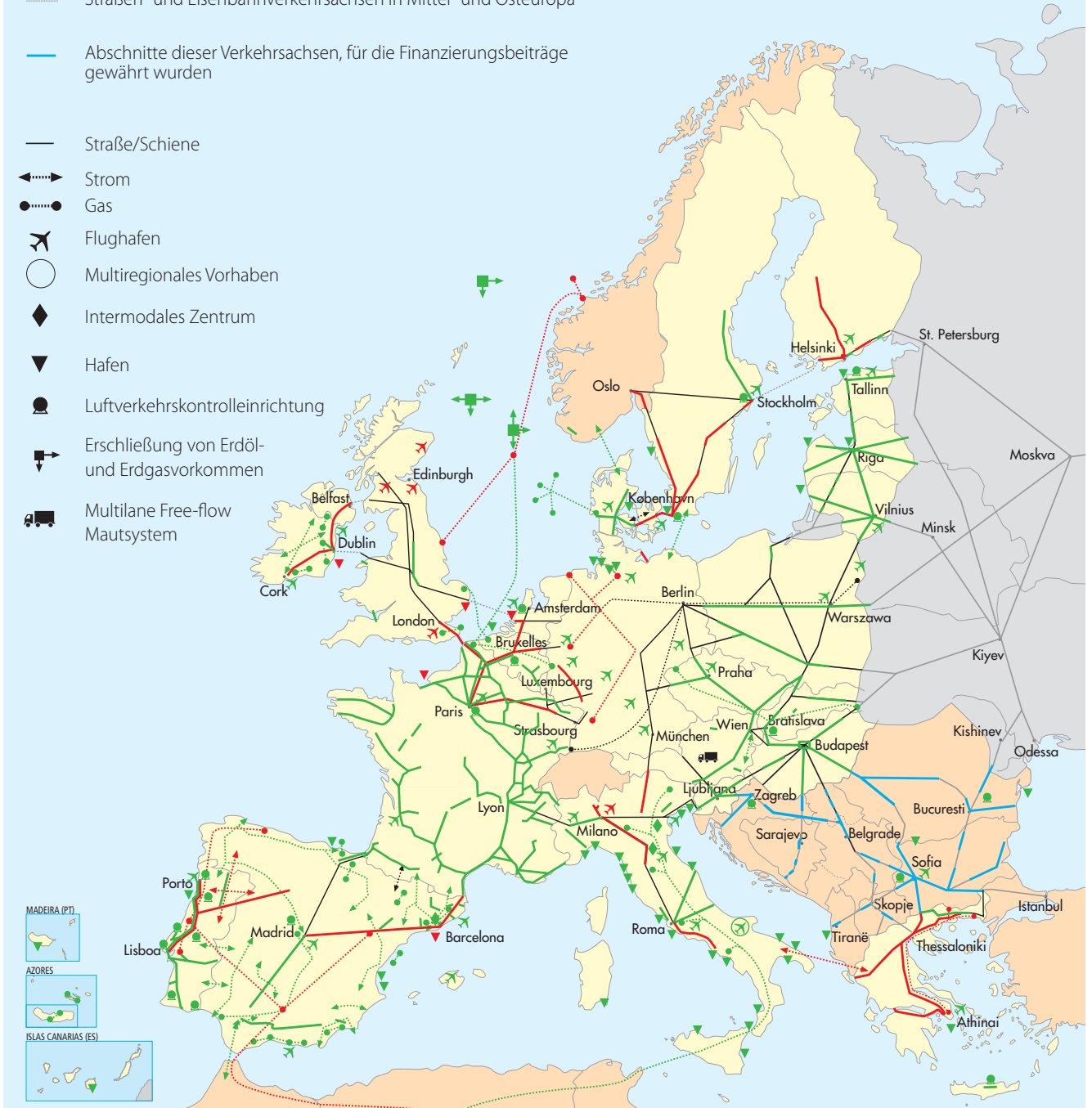
- Eine **Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF)** mit einer Rücklage von 500 Mio EUR (davon 100 Mio EUR für Projekte im Mittelmeerraum) zur Finanzierung privater, öffentlicher oder halböffentlicher Spezialgesellschaften (insbesondere für grenzüberschreitende PPP-Projekte) auf der Basis der Risikoteilung.
- Mit Unterstützung des Gemeinschaftshaushalts hat die EIB eine **TEN-Risikokapitalfazilität** in Höhe von 90 Mio EUR geschaffen, um Projekte entweder unmittelbar (im Fall sehr umfangreicher Projekte) oder über spezialisierte Risikokapitalgesellschaften zu unterstützen, die mit Hilfe der Bank errichtet werden, Eigenkapital in Projekte für Verkehrsinfrastruktur einbringen können und zusätzlich zu den Bankfinanzierungen weitere Fremdfinanzierungen bieten.
- Speziell auf TEN-Großprojekte zugeschnittene **Garantieinstrumente**. Für diesen Zweck sieht die Aktion für Wachstum zusätzlich zu den EIB-Garantien die Schaffung eines Gemeinschaftsgarantieinstruments für TEN-Verkehrsprojekte vor, das aus Mitteln der Gemeinschaft finanziert wird und zusätzliche Unterstützung für Projekte während der Zunahme des Verkehrs direkt nach der



EIB-Finanzierungen für Transeuropäische Netze sowie für Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen in EU-Nachbarländern (1993-2004)

- Streckenführung der vorrangigen Transeuropäischen Netze (TEN)
- Teile dieser TEN, für die Finanzierungsbeiträge gewährt wurden
- Sonstige mitfinanzierte Infrastrukturen und Netze von europäischem Interesse
- Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen in Mittel- und Osteuropa
- Abschnitte dieser Verkehrsachsen, für die Finanzierungsbeiträge gewährt wurden

- Straße/Schiene
- ⚡ Strom
- ⬤ Gas
- ✈ Flughafen
- Multiregionales Vorhaben
- ◆ Intermodales Zentrum
- ▼ Hafen
- 🛫 Luftverkehrskontrolleinrichtung
- 🛖 Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen
- 🚚 Multilane Free-flow Mautsystem



⇒ Fertigstellung der Projekte bietet. Die Europäische Kommission wird dem Rat in Kürze einen diesbezüglichen Vorschlag vorlegen, der noch im Jahr 2005 genehmigt werden dürfte.

• **Unterstützung der Kapitalmarktfinanzierung von TEN-Projekten**, insbesondere Infrastrukturverbriefung; hierbei verkauft der Betreiber die Einnahmen aus einer Investition im Voraus gegen ein Pfandrecht an den Vermögenswerten des Projekts und eine Vergütung des Risikos, das der Investor, der die Mittel bereitstellt, trägt. Solche Strukturen werden zunehmend für die Vorfinanzierung von Verkehrsinfrastruktur eingesetzt, z.B. bei Metronet für die Modernisierung der Londoner U-Bahn, bei zwei Abschnitten der Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke Channel Tunnel Rail Link (CTRL), bei ISPA für das italienische Hochgeschwindigkeits-Schiennetz TAV und beim Kauf von Güterwaggons durch AAE. Die EIB überwacht diese Mechanismen aufmerksam und beteiligt sich gelegentlich als Investor oder Garantgeber. Der nächste Schritt wäre, die Schaffung von Verbriefungsfonds („Securitisation Trusts“) zu unterstützen, mit deren Hilfe TEN-Projekte durch eine Gruppe spezialisierter Investoren auf einer kontinuierlichen Basis finanziert werden können. Die Bank führt derzeit Sondierungsgespräche mit mehreren potenziellen Partnern (Kreditversicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Banken usw.), um das Interesse des Marktes an derartigen Strukturen zu ermitteln. □

Die EIB und PPP

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sind eine neue Form der Zusammenarbeit bei der Schaffung von Infrastruktur und der Bereitstellung öffentlicher Dienste. Ihr Hauptvorteil liegt in der höheren Effizienz und Effektivität durch die Teilung der Risiken eines Projekts, die jeweils von dem Partner übernommen werden, der sie am besten steuern kann: Die Bau- und Betriebsrisiken werden von Privatunternehmen getragen, während die öffentlichen Stellen für einen ausgewogenen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen während der gesamten Nutzungsdauer des Projekts Sorge tragen. Darüber hinaus wird es den öffentlichen Stellen durch PPP ermöglicht, Infrastrukturen für öffentliche Dienste zu schaffen und dabei die Belastung durch ihre Investition zeitlich zu staffeln sowie in bestimmten Fällen außerbilanzielle Engagements zu genehmigen.

Der weitaus größte Teil der EIB-Darlehen für PPP konzentriert sich auf den Verkehrssektor (85% der gesamten Genehmigungen), gefolgt von Gesundheit und Bildung (13%). Die beiden anderen Hauptbereiche für PPP sind Wasser und Abwasser bzw. Energie (2%).

Die EIB hat rund 17,4 Mrd EUR für eine Vielzahl von PPP-Verkehrsprojekten bereitgestellt. Hierzu zählen, um nur einige wichtige Straßen- und Eisenbahnprojekte zu nennen: mautpflichtige Autobahnen in Portugal, zahlreiche Autobahnen in Spanien, die Rion-Antirion-Brücke in Griechenland, das Millau-Viadukt in Frankreich, der niederländische Abschnitt der Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke PBKAL, die Verbindung zwischen Dänemark und Schweden über den Øresund, die Sanierung der Londoner U-Bahn und die Autobahn A2 in Polen.

In diesem Bereich arbeitet die Bank eng mit den wichtigsten Akteuren bei dieser Art von Projekten zusammen: den europäischen Institutionen, öffentlichen Stellen und dem privaten Sektor. Darüber hinaus hat die Bank eine directionsübergreifende Einheit für TEN/PPP eingerichtet, mit der sie ihre Rolle der Beratung und des Transfers von Know-how in der Strukturierung von PPP einbringen kann.

NB: auf der Website der EIB ist unter <http://www.eib.org/publications/publication.asp?publ=189> die neue Publikation „Die Rolle der EIB im Bereich öffentlich-private Partnerschaften (PPP)“ abrufbar.

Diese Unterlage behandelt im Wesentlichen folgende Themen:

- die Erkenntnisse, die die Bank aus der Finanzierung von PPP-Projekten gewonnen hat;
- die Fragen, die bei der Entwicklung nationaler PPP-Programme zu berücksichtigen sind;
- die Katalysatorrolle, die die Bank bei dieser Form der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur durch den privaten Sektor spielen kann.



Die 30 vorrangigen Verkehrsprojekte

1	Hochgeschwindigkeitszug/Kombinierter Verkehr Nord-Süd (Berlin – Erfurt – Halle/Leipzig – Nürnberg & Brenner-Achse: München – Verona – Messina)
2	Hochgeschwindigkeitsstrecke PBKAL (Paris – Brüssel – Köln – Amsterdam – London)
3	Hochgeschwindigkeitsstrecke Süd (Madrid – Barcelona – Perpignan – Montpellier; Madrid – Vitoria – Dax – Bordeaux – Tours; Lissabon/Porto–Madrid)
4	Hochgeschwindigkeitsstrecke Ost (Paris–Ostfrankreich–Süddeutschland mit Nebenstrecke Metz–Luxemburg)
5	Kombinierter Verkehr/konventionelle Bahnstrecke: Betuwe-Strecke (Rotterdam–niederländisch-deutsche Grenze–Rhein/Ruhr)
6	Hochgeschwindigkeitsstrecke/Kombinierter Verkehr Frankreich–Italien–Slowenien–Ungarn (Lyon–Turin; Turin – Mailand – Venedig – Triest – Koper – Dikava; Ljubljana – Budapest)
7	Griechische Autobahnen: Pathe, Via Egnatia; Sofia – Kulata – griechisch-bulgarische Grenze; Nadlac – Sibiu
8	Multimodale Verbindung zwischen Portugal/Spanien und dem restlichen Europa
9	Konventionelle Zugverbindung Cork – Dublin – Belfast – Larne – Stranraer
10	Flughafen Malpensa, Mailand
11	Feste Verbindung Øresund (Schiene/Straße) zwischen Dänemark und Schweden
12	Nordisches Dreieck Schiene/Straße
13	Straßenverbindung Irland/Vereinigtes Königreich/Benelux
14	Hauptstrecke Westküste (Schiene), Vereinigtes Königreich
15	Galileo
16	Eisenbahnverbindung für den Güterverkehr Sines – Madrid – Paris
17	Eisenbahnlinie Paris – Straßburg – Stuttgart – Wien – Bratislava
18	Binnenschiffahrtsachse Rhein/Maas – Main – Donau
19	Interoperabilität des Hochgeschwindigkeitszugnetzes der iberischen Halbinsel
20	Feste Verbindung Fehmarnbelt (Schiene)
21	Hochgeschwindigkeitsseewege
22	Schienenstrecke Athen – Sofia – Budapest – Wien – Prag – Nürnberg/Dresden
23	Schienenstrecke Danzig – Warschau – Brunn/Bratislava/Wien
24	Schienenstrecke Lyon/Genua – Basel – Duisburg – Rotterdam/Antwerpen
25	Autobahn Danzig – Brunn/Bratislava/Wien
26	Multimodale Verbindungen Irland/Vereinigtes Königreich/Kontinentaleuropa
27	„Rail Baltica“: Warschau – Kaunas – Riga – Tallinn
28	„Eurocaprail“ auf der Eisenbahnverbindung Brüssel – Luxemburg – Straßburg
29	Schienenstrecke Intermodaler Korridor Ionisches Meer/Adria
30	Binnenschiffahrtsweg Seine – Schelde






Die zehn vorrangigen Strom- und Erdgastransportprojekte

Elektrizität

- | | |
|---|--|
| 1 | Frankreich – Belgien – Niederlande – Deutschland: Verstärkung der Stromversorgungsnetze zur Vermeidung von Störungen bei der Stromübertragung durch die Beneluxländer |
| 2 | Grenzen Italiens mit Frankreich, Österreich, Slowenien und der Schweiz: Erhöhung der Stromverbundkapazitäten |
| 3 | Frankreich – Spanien – Portugal: Erhöhung der Stromverbundkapazitäten zwischen diesen Ländern und für die iberische Halbinsel und Netzausbau auf den Inseln |
| 4 | Griechenland – Balkanländer – UCTE-System: Ausbau von Stromversorgungsinfrastruktur zum Anschluss Griechenlands an das UCTE-System |
| 5 | Vereinigtes Königreich – Kontinentaleuropa und Nordeuropa: Einrichtung/Erhöhung der Stromverbundkapazitäten und mögliche Einbeziehung von Offshore-Windenergieanlagen |
| 6 | Dänemark – Deutschland – Baltischer Ring (einschließlich Norwegen – Schweden – Finnland – Dänemark – Deutschland): Ausbau der Stromverbundkapazitäten und mögliche Einbeziehung von Offshore-Windenergie |

Erdgas

- | | |
|---|---|
| 1 | Vereinigtes Königreich – nördliches Kontinentaleuropa, einschließlich Niederlande, Dänemark und Deutschland – (mit Verbindungen zu den Ländern im Ostseeraum) – Russland: Gasleitungen zur Verbindung einiger der wichtigsten Gasvorkommen in Europa, Verbesserung der Interoperabilität der Netze und Erhöhung der Versorgungssicherheit |
| 2 | Algerien – Spanien – Italien – Frankreich – nördliches Kontinentaleuropa: Bau neuer Gasleitungen von Algerien nach Spanien, Frankreich und Italien und Erhöhung der Netzkapazitäten in Spanien, Italien und Frankreich und zwischen diesen Ländern |
| 3 | Länder am Kaspischen Meer – Mittlerer Osten – Europäische Union: neue Gasleitungsnetze zur Europäischen Union von neuen Quellen, einschließlich der Gasleitungen Türkei – Griechenland, Griechenland – Italien und Türkei – Österreich |



Die EIB ist entschlossen, ihre derzeitige Funktion als wichtige Quelle langfristiger Finanzierungen für die Wasserwirtschaft der gesamten EU-25 weiter auszuüben und Investitionen zu finanzieren, die den Zielen der EU dienen. Im Vereinigten Königreich diversifiziert die Einschaltung der EIB die Möglichkeiten der Wasserwirtschaft, Mittel aufzunehmen, deren Kosten von der Regulierungsbehörde in den gewichteten Kapitalkostensatz (Weighted Average Cost of Capital, WACC) einbezogen werden, und hilft dem Sektor, dem erheblichen Investitionsbedarf für die weitere Verbesserung der öffentlichen Dienste und der Umweltstandards gerecht zu werden.

*Thomas C. Barrett, Direktor,
Direktion Finanzierungen in Europa*

EIB-Finanzierungen für die Wasserwirtschaft im Vereinigten Königreich

Die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) als Institution der EU für langfristige Finanzierungen orientiert sich an den politischen Zielen der Europäischen Union. Im Umweltbereich, insbesondere in der Wasserwirtschaft, finanziert die Bank Projekte, die die natürliche und gebaute Umwelt schützen und verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Im Jahr 2004 hatten die Darlehen der EIB an die Wasserwirtschaft mit 2,1 Mrd EUR einen Anteil von 5% an ihrer gesamten Darlehensvergabe (43,2 Mrd EUR).

Die EIB ist seit den Siebzigerjahren ein wichtiger Finanzierungspartner der Wasserwirtschaft des Vereinigten Königreichs, sowohl vor als auch nach der Privatisierung des Sektors im Jahr 1989. Es ist die Politik der EIB in der britischen Wasserwirtschaft, ihre Darlehen für Investitionen gemäß den umweltpolitischen Zielen zu vergeben, die von der Trinkwasser-Aufsichtsbehörde (Drinking Water Inspectorate) und der Umweltschutzbehörde (Environmental Agency) des Landes festgelegt wurden und die wiederum den gemeinsamen, von allen EU-Mitgliedstaaten vereinbarten Standards in den Richtlinien der EU entsprechen. Die Investitionen werden mit

dem Ziel ausgewählt, die Darlehensnehmer in die Lage zu versetzen, die nationalen und EU-Umweltstandards zu erfüllen. EIB-Darlehen können auch für größere Investitionen der Wasserwirtschaft vergeben werden, die zur Wirtschaftsentwicklung von als Regionalfördergebiete ausgewiesenen Regionen beitragen. Die Bank hat mit allen zehn Wasser- und Abwassergesellschaften in England und Wales Investitionen finanziert, die diesen Zielen entsprechen. Auch vergleichbare Investitionen in Schottland und Nordirland werden derzeit geprüft.

In ihrem im Dezember 2004 veröffentlichten Programm für die Regulierungsperiode 2005–2010 legt die Regulierungsbehörde für die Wasserwirtschaft im Vereinigten Königreich (OFWAT) Gewicht darauf, den Kunden Vorteile durch Tarifsenkungen zu sichern, aber auch die Fähigkeit des Sektors zu gewährleisten, seinen Mittelbedarf an den Märkten für Fremdmittel und Eigenkapital zu decken sowie mit Anlagequalität ein solides Rating zu behalten. Die Bank erwartet, dass der Gesamt-Cashflow des Sektors in sich stabil und berechenbar bleibt. Dennoch hat der Sektor erhebliche Herausforderungen zu bewältigen, da ständig neuer Investitionsbedarf besteht

und größere operative Effizienz gemäß den Vorschriften für Gesundheit und Sicherheit erreicht werden muss. Das zugrunde liegende Geschäftsrisiko des Sektors kann zwar infolge des regulatorischen Rahmens als niedrig angesehen werden, doch werden die tatsächlichen Ergebnisse der einzelnen Unternehmen in der neuen Regulierungsperiode unterschiedlich sein und weiterhin in hohem Maße von ihrer jeweiligen Leistung und der Qualität ihres Managements abhängen.

Nach der Überprüfung der Gebühren für den Zeitraum 2000–2005 durch die OFWAT, bei der starkes Gewicht auf Tarifsenkungen gelegt wurde, kamen in der Wasserwirtschaft verschiedene Finanzierungsmodelle auf, die angesichts einer als niedrig wahrgenommenen Eigenkapitalrentabilität eine vermehrte Fremdfinanzierung anstrebten. Diese beiden Entwicklungen führten zu einer allmählichen Verschlechterung der Kreditqualität des Sektors, und die Ratingagenturen stufen ihre Bewertungen von Single A-Ratings im mittleren bis hohen Bereich auf Single A-Ratings im mittleren und niedrigen Bereich zurück, in einigen Fällen sogar auf BBB-Ratings. Aufgrund dieser Entwicklung lassen sich die regulierten Wassergesellschaften heute in drei Gruppen



unterteilen: 1) Unternehmen mit dem herkömmlichen Eigenkapitalmodell und Ratings im Single A-Bereich, 2) eine mittlere Gruppe mit Ratings im BBB-Bereich, aber noch auf der Basis des Eigenkapitalmodells und 3) Unternehmen mit wenig oder ohne Eigenkapital und hohem Verschuldungsgrad. Die EIB hat diese Entwicklung der Wasserwirtschaft verfolgt und begleitet und wird dies weiterhin tun, denn bei Investitionen, die den grundsatzpolitischen Zielen der Bank entsprechen, kann die Bank zusätzlichen Nutzen schaffen und die Wasserwirtschaft dabei unterstützen, ihre Ziele zu erreichen, da sie einer der kostengünstigsten Anbieter langfristiger Finanzierungen ist und zur Diversifizierung der Mittelquellen für die Wasserwirtschaft beiträgt. Darüber hinaus senken die langfristigen EIB-Finanzierungen die Gesamtkapitalkosten; dieser Nutzen wird durch den von der Regulierungsbehörde festgesetzten WACC letztlich an die Verbraucher weitergegeben und spiegelt sich in der Höhe der Verbrauchertarife wider.

Eine weitere Herausforderung für die Wasserwirtschaft werden künftig die in der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehenen, strengen EU-Standards sein. Diese Richtlinie gibt das Ziel vor, bis zum Jahr 2015 eine höhere ökologische Mindestqualität der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers zu erreichen. Die Konsequenzen für den Investitionsbedarf in der Wasserwirtschaft

des Vereinigten Königreichs werden noch untersucht. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass umfangreiche zusätzliche Investitionen erforderlich sein werden, um die Abwasserbehandlung in der dritten Reinigungsstufe auszuweiten sowie die Häufigkeit von Regenüberläufen des Abwassernetzes und die Auswirkungen von Wassernetzen auf Flüsse mit geringen Fließmengen zu verringern. Die von der Richtlinie eingeführten Anreize für eine effizientere Wassernutzung könnten darüber hinaus eine verbesserte Verbrauchsmessung bei den Kunden fördern. Manche Kommentatoren haben allerdings Sorge, diese Ziele könnten so anspruchsvoll sein, dass die Frist bis zum Jahr 2015 nicht ausreicht, um sie zu erfüllen.

Auch künftig wird sich die Darlehensvergabe der EIB für die Wasserwirtschaft auf die neuen EU-Mitgliedstaaten und andere konzentrieren, die umfangreiche Investitionen durchführen müssen, um zu den EU-Umweltstandards aufzuholen. Die britische Wasserwirtschaft sieht für die EIB angesichts der Ziele der EU in diesem Sektor auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle. Die EIB ist bereit, Wassergesellschaften im Vereinigten Königreich weiterhin als Finanzierungspartner zu unterstützen, sofern dies zusätzlichen Nutzen schafft wie schon bei den Investitionen in höhere Standards in den 30 Jahren seit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union. □

Neue Publikation: Die EIB und die Wasserwirtschaft

Unter der Rubrik „Publications“ der Website der EIB (www.eib.org/publications) kann eine neue Publikation über die EIB und die Wasserwirtschaft abgerufen werden. Das Dokument umreißt die Strategie und die Tätigkeit der Bank in der Wasserwirtschaft sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU.

Während der letzten zehn Jahre – von 1995 bis 2004 – vergab die EIB mit insgesamt 15 Mrd EUR ein Fünftel ihrer „Umweltdarlehen“ für die Wasserwirtschaft. Damit wirkte die Bank an der Durchführung sowohl öffentlicher als auch privater Projekte in den verschiedensten Bereichen wie Trinkwasserversorgung, Wasserverteilung, Abwasserentsorgung und -klärung sowie Hochwasser- und Küstenschutz, Regenwasserkanalisation usw. mit. Gemäß den EU-Richtlinien unterstützt die EIB Projekte, die zu einem integrierten, nachhaltigen Management natürlicher Ressourcen beitragen.



Zusammenarbeit mit der IDB in der Karibik und in Lateinamerika

*Alberto Barragán
Abteilungsleiter
Finanzierungen in Lateinamerika*



Am 13. Dezember 2004 unterzeichneten die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) und die Europäische Investitionsbank (EIB) eine Absichtserklärung zur Verbesserung der Koordination der Tätigkeit der beiden Institutionen in Lateinamerika und der Karibik.

Die Absichtserklärung, die in Washington von IDB-Präsident Enrique V. Iglesias und EIB-Vizepräsidentin Isabel Martín Castellá unterzeichnet wurde, ermöglicht einen stärker zielgerichteten Ansatz bei der Finanzierung von Projekten und schafft Synergien aufgrund der jeweiligen funktionalen Vorteile und der regionalen Spezialisierung der beiden internationalen Institutionen.

Zwei wichtige Akteure in der Region

Die IDB ist eine internationale Organisation, die gegründet wurde, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitgliedsländer, die ihre Finanzierungen in Anspruch nehmen, zu fördern. Sie ist der größte multilaterale Geldgeber in Lateinamerika und im karibischen Raum und führend im Bereich der Gewährung nicht rückzahlbarer technischer Hilfe.

Die EIB ist in Lateinamerika aufgrund von Mandaten des Rates der EU tätig. Im Rahmen ihres derzeitigen Mandats für Finanzierungen in Asien und Lateinamerika (ALA III) kann sie im Zeitraum 2000–2006 bis zu 2 480 Mio EUR für Vorhaben von gemeinsamem Interesse für die EU und die Partnerländer in Asien und Lateinamerika bereitstellen. In Lateinamerika unterstützt die EIB vorwiegend Investitionen des Privatsektors, deren Träger Tochtergesellschaften von EU-Unternehmen oder Joint Ventures mit Beteiligung von EU-Unternehmen sind, sowie Vorhaben, die in hohem Maße dem Technologietransfer aus Europa dienen oder zur Verbesserung der Umwelt oder der regionalen Integration beitragen. Die EIB hat mit den meisten lateinamerikanischen Ländern gesonderte Rahmenabkommen unterzeichnet, die ihre Beziehungen zu den jeweiligen staatlichen Einrichtungen regeln.

In der Karibik ist die EIB im Rahmen des Abkommens von Cotonou vom 23. Juni 2000 tätig. Das Abkommen von Cotonou ermöglicht die Finanzierung von Projekten aus Mitteln der Investitionsfazilität (IF) und aus eigenen Mitteln in den Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP-Staaten). Die Investitionsfazilität wird aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds finanziert und von der EIB verwaltet. Die EIB setzt für Projekte in den AKP-Staaten auch eigene Mittel und im Rahmen dessen eine breite Palette von Finanzierungsinstrumenten ein, die gemäß

Unterstützung von Projekten, die zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Lateinamerika und in der Karibik beitragen

den speziellen Bedürfnissen der Kunden auf das jeweilige Vorhaben zugeschnitten werden können. Dabei ist bei ein- und demselben Projekt auch eine Kombination verschiedener Instrumente denkbar. Im Rahmen der Investitionsfazilität stehen im Zeitraum 2003–2007 1,7 Mrd EUR zur Verfügung, während die für Finanzierungen in den AKP-Staaten einsetzbaren eigenen Mittel der EIB im selben Zeitraum 2,2 Mrd EUR betragen.

Gemeinsame Absichten und Motivation

Die EIB und die IDB pflegen eine stete Zusammenarbeit auf der Grundlage paralleler Projektfinanzierungen. Beide Partner sind der Überzeugung, dass die Intensivierung und Vertiefung ihrer derzeitigen Kooperation unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen komparativen Vorteile zu gesteigerter Effizienz und Wirksamkeit ihrer Tätigkeit in der Region führen wird.

Durch die Unterzeichnung der neuen Absichtserklärung verpflichten sich die EIB und die IDB zum Ausbau ihrer Zusammenarbeit bei der Finanzierung von Projekten von gemeinsamem Interesse, die einerseits zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas und des karibischen Raums und andererseits zur weiteren Erleichterung der Finanzierung von Investitionsvorhaben von gemeinsamem Interesse für Latein-

amerika, den karibischen Raum und die EU beitragen.

Ziel der Absichtserklärung ist es, den größtmöglichen Nutzen aus der Kombination von finanzieller Stärke und Ausrichtung auf den privaten Sektor auf Seiten der EIB und von Einfluss und regionaler Abdeckung in Lateinamerika und der Karibik sowie Möglichkeiten zur Identifizierung und Durchführung von Projekten mit öffentlichen und privaten Partnern auf Seiten der IDB zu ziehen.

Erwartet werden operationelle Synergien, die aus der Fähigkeit der IDB resultieren, verschiedene Instrumente wie Darlehen und Garantien zur Unterstützung von Investitionen des privaten Sektors in Lateinamerika einzusetzen. Dadurch können beide Institutionen gemeinsam Möglichkeiten zur Mobilisierung privater Investitionen in der Region untersuchen. Andererseits werden den gemeinsamen Aktivitäten die Erfahrung der EIB mit öffentlich-privaten Partnerschaften in Europa und anderen Regionen, und mit der Prioritätensetzung und Planung von Investitionen sowie ihre Fähigkeit, große Infrastrukturvorhaben zu finanzieren, zugute kommen.

Im Rahmen der Absichtserklärung können die IDB und die EIB auch ihre Zusammenarbeit zur Stärkung der regionalen Integration vertiefen und ausweiten, etwa zugunsten des „Plan Puebla Panamá“ und der „Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana“ (IIRSA - Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika).

Der Zugang der EIB zu europäischen Investoren wird in Anbetracht der großen Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen für die Region einen Katalysatoreffekt haben. Für die EIB wird bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit ihren Partnerländern eine engere Zusammenarbeit mit dem größten multilateralen Geldgeber in Lateinamerika und im karibischen Raum von Nutzen sein.

Die Europäische Investitionsbank hat bereits eine Absichtserklärung mit der Weltbank unterzeichnet, die auf eine bessere Koordinierung der Aktivitäten der Geldgeber im Nahen Osten und im Raum Nordafrika/Südliches Mittelmeer abzielt (vgl. EIB-Informationen Nr. 117). Der Text der Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zwischen der EIB und der IDB kann auf der Website der Bank (www.eib.org) unter „Veröffentlichungen“ abgerufen werden. □



Wirtschaftlicher Wandel in Mittel- und Osteuropa



// Economic Transition in Central and Eastern Europe: Planting the Seeds“, so lautet der Titel des zweiten Buchs des Autorenduos Daniel Gros (CEPS, Brüssel) und Alfred Steinherr (Chefvolkswirt der EIB) zum Thema wirtschaftlicher Wandel in Mittel- und Osteuropa (erschienen bei Cambridge University Press, 2004, 362 Seiten). Ihr erstes Buch *Economic Transition in Central and Eastern Europe: Winds of Change* war 1995 bei Pearson Publishers London verlegt worden.

Damals lag das Hauptaugenmerk auf der brennenden Frage, wie der Wandel zu organisieren sei: Sollten die Reformen schrittweise umgesetzt werden oder war eine Schocktherapie vorzuziehen? Falls man sich für erstere Lösung entschied – in welcher Reihenfolge sollten die Reformen in Angriff genommen werden? Und wie sollten sie konkret aussehen?

Neue Fragen

Am Anfang des neuen Jahrtausends blickten die Reformländer auf zehn Jahre zurück, in denen sie mit allen verfügbaren Strategien, Instrumenten und Reformzielen experimentiert hatten. Das Forschungsanliegen war also nicht mehr die Frage „Was tun?“, sondern vielmehr die empirische Frage „Was hat funktioniert und warum?“. Das neue Buch gibt Antworten auf eben diese empirische Frage und stellt somit keinen Ersatz, sondern eine sinnvolle Ergänzung zum vorangegangenen Werk dar.

Zur Beurteilung des Erfolgs oder Scheiterns der Reformbemühungen bzw. ihrer Unterlassung versuchen die Autoren zunächst zu messen, inwieweit der Wandel und die Reformen in den einzelnen Ländern abgeschlossen sind. Gemeinhin wird der Wandel oft mit der Angleichung des Lebensstandards an westliche Verhältnisse gleichgesetzt. Wandel lässt sich jedoch treffender charakterisieren als das Abstreifen der Merkmale einer kommunistisch geprägten Gesellschaft und die Einführung eines in eine demokratische Gesellschaftsstruktur eingebetteten Marktwirtschaftsmodells mit umfangreichen Privateigentumsrechten. Eine solche Gesellschaft kann auch arm sein – viele weltweit sind es –, so dass der Lebensstandard nur eine Begleiterscheinung des Wandels ist, nicht aber sein eigentlicher Inhalt.

Statistische Untersuchungen zeigen, dass die Reformländer in drei Gruppen untergliedert werden können. Die erste Gruppe umfasst alle Staaten Mitteleuropas und des Baltikums, die bis 2000 den Übergang abgeschlossen hatten und sich daher bereits auf einem kräftigen Wachstumskurs befanden. Diese Länder waren auch in der Lage, die von der Europäischen Union gestellten Beitrittskriterien zu erfüllen, und traten der EU daher am 1. Mai 2004 bei. Die südosteuropäischen Länder stellen eine zweite Gruppe dar, in der beträchtliche Fortschritte erzielt wurden, jedoch noch vieles zu tun bleibt. Alle Länder der früheren Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten fallen in die dritte Kategorie. Für diese Länder ist der Reformweg noch weit und sind erhebliche Anstrengungen und Reformen sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft notwendig.

Erfolgsfaktoren

Auch die Frage der richtigen Strategie – Schocktherapie oder schrittweise Veränderung – ist mittlerweile eindeutig beantwortet: Den Ländern, die die Reformen umfassend angingen und demokratische Entscheidungsprozesse annahmen, erging es allen viel besser als denjenigen, die autokratische Entscheidungsprozesse beibehielten und nur schrittweise Teilreformen einführten. Einige Länder, insbesondere die neuen Staaten der früheren Sowjetunion, hatten schwierigere Startbedingungen, da sie erst die Institutionen unabhängiger Staaten völlig neu aufbauen mussten und in ihrer Entwicklung durch die Unsicherheit über ihre politische Zukunft und geografische Nachteile behindert wurden. Geografisch begünstigt sind dagegen kleine Länder, die in Meeresnähe liegen oder reiche Nachbarn mit offenen Grenzen haben. Doch trotz dieser nachteiligen Startbedingungen wäre es allen diesen Ländern, die aus der früheren Sowjetunion hervorgingen, möglich gewesen, durch entschiedeneren Reformanstrengungen weiter voranzukommen.

Unter all diesen Gesichtspunkten befanden sich die mitteleuropäischen Länder in einer sehr viel günstigeren Ausgangsposition. Die meisten dieser Länder sind klein, liegen in der Nähe der reichen Märkte der EU und haben eine geschichtliche Tradition als unabhängige Staaten. Ihr Ziel war es, ihre Zukunft als Mitglieder der europäischen Staatenfamilie zu gestalten, und sie hatten keine Schwierigkeiten damit, die grundlegenden politischen Werte der EU und deren institutionelle Umsetzung

zu akzeptieren. Zu Beginn des Reformprozesses kopierten und übernahmen sie somit bereitwillig die Institutionen der EU-Länder für sich.

Die Erfahrung zeigt, dass der Aufbau geeigneter Institutionen der schwierigste Teil der Reform ist. Die von der EU ausgearbeitete „Road-map“ hat diese Aufgabe etwas erleichtert. Die neuen Mitgliedsländer waren sich jedoch bald darüber im Klaren, dass sie noch weiter kommen konnten und, um den Konvergenzprozess zu beschleunigen, über die Übernahme der Institutionen der EU-Mitgliedsstaaten hinausgehen mussten. So hatten beispielsweise mehrere mitteleuropäische Länder den politischen Mut (den bisher noch keines der alten Mitgliedsländer aufgebracht hat) zuzulassen, dass ein großer Teil ihres inländischen Bankenwesens von ausländischen Banken kontrolliert wird. Auch bei den institutionellen Reformen haben alte Mitgliedsländer Schwierigkeiten, während neue Mitgliedsländer eine viel größere Flexibilität zeigten, so etwa bei der Einführung eines einheitlichen Steuersystems mit einem niedrigeren Steuersatz, der auf eine größere Steuerbasis angewandt wird.

Ein rascher Wandel, umfassende Reformen, ein offener Außenhandel, die Unterstützung ausländischer Investitionen, die Ablösung staatlicher Beschlussfassung durch Entscheidungen des Marktes und die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit – dies sind die grundlegenden Erfolgsfaktoren. Erfahrungsgemäß hängt bei vielen Reformeinzelmaßnahmen die optimale Lösung von den jeweiligen Umständen ab. So scheint beispielsweise für große Länder wie Russland ein flexibler Wechselkurs die beste Lösung zu sein – dies war eine der Lehren aus dem Finanzcrash von 1998. Bei kleinen Ländern mit sehr engen Handelsbeziehungen zur Europäischen Union funktioniert dagegen ein fester Wechselkurs gut. Sehr kleine Länder bzw. Länder, die Schwierigkeiten bei der Erlangung eines guten Rufs haben, profitieren von der Einrichtung eines Currency-Board-Systems, auch wenn ihnen dadurch die Hände gebunden werden. De facto genießen alle Länder mit einem Currency-Board-System praktisch die Vorteile einer Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion.

Da Wandel und Reformen in Südosteuropa und den Ländern der früheren Sowjetunion noch nicht abgeschlossen sind, besteht unter schwierigeren Rahmenbedingungen erheblicher weiterer Handlungsbedarf. Das vorgestellte Buch untersucht diese Probleme im Detail und zeigt umsetzbare Lösungen auf. □

Neue Kontroll- struktur in der EIB

Mit Wirkung vom Februar 2005 wurden die Hauptabteilung Evaluierung der Operationen (EV) und der Bereich Innenrevision (IA) der EIB zusammengelegt. Sie bilden jetzt eine einzige autonome Hauptabteilung mit der Bezeichnung „Generalinspektion – Evaluierung und Innenrevision“ (IG). Die Schaffung der Generalinspektion unterstreicht die Bedeutung, die die EIB ihren beiden wichtigsten unabhängigen Ex-post-Kontroll-einrichtungen beimisst. Die neue Struktur spiegelt insbesondere den Beitrag wider, den die Evaluierungstätigkeit zur Erreichung der strategischen Ziele der Bank leistet, sowie ihre positiven Auswirkungen auf die operativen Ergebnisse, auf die Rechenschaftslegung und auf die Transparenz.

Die neue Hauptabteilung ist weiterhin für den Internen Kontrollrahmen („Internal Control Framework“) und alle Ermittlungen in Fällen des Betrugsverdachts zuständig. Mit der Einrichtung der Generalinspektion werden die Synergien zwischen EV und IA erhöht, was insbesondere einen koordinierteren Ansatz bei ihren Arbeitsprogrammen ermöglicht. Neben ihren derzeitigen Aufgaben ist die Generalinspektion zudem gegebenenfalls eine unabhängige Anlaufstelle für Ermittlungen in Beschwerdeangelegenheiten, die der Europäische Bürgerbeauftragte als nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallend erachtet.

Die neue Hauptabteilung erfüllt alle diese Aufgaben für die gesamte EIB-Gruppe. Die Generalinspektion fällt in die Zuständigkeitsbereiche der EIB-Vizepräsidenten **P. Sedgwick** (was die Innenrevision betrifft) und **S. Niinistö** (im Falle der Evaluierungstätigkeit). Im Zuge der Schaffung dieser neuen Struktur wurde **P. Maertens** zum Leiter der Generalinspektion (Hauptabteilungsleiter) ernannt. Er wird an den Präsidenten berichten und ist in Einklang mit den Grundsätzen für die Innenrevision und den „Terms of Reference“ von EV für die Konsultation des Prüfungsausschusses und externer Einrichtungen sowie für die Beziehungen und die Zusammenarbeit mit diesen zuständig. **A. Sève** wurde zum Leiter der Abteilung EV ernannt. □

Europäische Investitionsbank

100, boulevard Konrad Adenauer – L-2950 Luxembourg
☎ (+352) 43 79 1 – 📠 (+352) 43 77 04
www.eib.org – 📧 info@eib.org

Außenbüros

Belgien

Rue de la loi 227 / Wetsstraat 227 – B-1040 Bruxelles / Brussel
☎ (+32-2) 235 00 70 – 📠 (+32-2) 230 58 27

Frankreich

21, rue des Pyramides – F-75001 Paris
☎ (+33-1) 55 04 74 55 – 📠 (+33-1) 42 61 63 02

Deutschland

Lennéstraße 11 – D-10785 Berlin
☎ (+49-30) 59 00 47 90 – 📠 (+49-30) 59 00 47 99

Griechenland

364, Kifissias Ave & 1, Delfon – GR-152 33 Halandri / Athens
☎ (+30) 210 68 24 517 – 📠 (+30) 210 68 24 520

Italien

Via Sardegna 38 – I-00187 Roma
☎ (+39) 06 47 19 1 – 📠 (+39) 06 42 87 34 38

Portugal

Avenida da Liberdade, 190-4°, A – P-1250-147 Lisboa
☎ (+351) 213 42 89 89 – 📠 (+351) 213 47 04 87

Spanien

Calle José Ortega y Gasset, 29, 5° – E-28006 Madrid
☎ (+34) 914 31 13 40 – 📠 (+34) 914 31 13 83

Vereinigtes Königreich

2 Royal Exchange Buildings – London EC3V 3LF
☎ (+44) 20 73 75 96 60 – 📠 (+44) 20 73 75 96 99

Ägypten

6, Boulos Hanna Street – Dokki, Giza 12311, Cairo
☎ (+20-2) 336 65 83 – 📠 (+20-2) 336 65 84

Tunesien

70, avenue Mohamed V – TN-1002 Tunis
☎ (+216) 71 28 46 06 – 📠 (+216) 71 28 09 98

Südafrika

27 George Storrar Drive – Groenkloof 0181, Pretoria
☎ (+27-12) 336 65 83 – 📠 (+27-12) 336 65 84

Europäischer Investitionsfonds

43, avenue J.F. Kennedy – L-2968 Luxembourg
☎ (+352) 42 66 88-1 – 📠 (+352) 42 66 88-200
www.eif.org – 📧 info@eif.org

Änderungen im Adressverzeichnis sowie Informationen über die eventuelle Eröffnung weiterer Außenbüros nach Veröffentlichung dieser Broschüre sind der Website der EIB zu entnehmen.

Programm zum Wiederaufbau in den vom Erdbeben betroffenen türkischen Gebieten (Turkish Earthquake Rehabilitation and Reconstruction Assistance – TERRA)

Die Fazilität zum Wiederaufbau in den vom Erdbeben betroffenen türkischen Gebieten (TERRA) im Umfang von 600 Mio EUR wurde 1999 genehmigt. Die Mittel wurden für die Unterstützung eines von der türkischen Regierung eingerichteten Wiederaufbauprogramms im Gesamtumfang von 1,5 Mrd EUR (450 Mio EUR, TERRA 1) sowie für ein Globaldarlehen verwendet, das dazu beitragen sollte, die vom Erdbeben beschädigten Industrieanlagen wieder aufzubauen (150 Mio EUR, TERRA 2). Die Finanzierungsmittel wurden somit sowohl für vorrangige Maßnahmen zur Instandsetzung und zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen Infrastruktur als auch für Projekte des privaten Sektors bereitgestellt.



Im August 1999 erschütterte ein verheerendes Erdbeben die türkische Region Marmara. Knapp drei Monate später gab es weiter östlich ein weiteres Erdbeben. Als Folge davon kamen nach offiziell bestätigten Angaben 15 000 Menschen ums Leben, und 29 000 wurden verletzt. 800 000 Menschen wurden obdachlos, und rund 300 000 Gebäude wurden beschädigt oder zerstört. Die Erdbeben haben nicht nur Menschenleben gefordert und Sachschäden verursacht, sondern auch einen beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden angerichtet. 40% der Industrie der Türkei sind in dem Erdbebengebiet angesiedelt, das für seine hohe seismische Aktivität bekannt ist.

Als unmittelbare Reaktion auf die Naturkatastrophe richtete die Bank im November 1999 auf Aufforderung des Europäischen Rates die TERRA-Fazilität (Turkey Earthquake Rehabilitation and Reconstruction Assistance) im Umfang von 600 Mio EUR ein. Die Finanzierungsmittel wurden für vorrangige Maßnahmen zur Instandsetzung und zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen Infrastruktur sowie für Projekte des privaten Sektors in den betroffenen Regionen zur Verfügung gestellt.

Instandsetzungsarbeiten wurden in fünf vom Erdbeben betroffenen Provinzen durchgeführt. Die Hilfe für die Stadt Adapazari stellt ein hervorragendes Beispiel dafür dar, wie eine Unterstützung in solchen Fällen gestaltet werden sollte. Sechs Jahre nach der Katastrophe kann man nur staunen, wie schnell die Stadt Adapazari – eines der am stärksten betroffenen Gebiete – zur Normalität zurückgekehrt ist. Die zerstörte Stadt wurde zwar in den Tagen und Wochen nach dem Erdbeben von zahlreichen Ein-

wohnern verlassen, jedoch wieder errichtet und ist heute dank gezielter Maßnahmen und erheblicher finanzieller Unterstützung der EIB eine blühende moderne Stadt. Mit den Wiederaufbauarbeiten wurde unmittelbar nach der Naturkatastrophe begonnen. Zerstörte Gebäude wurden erdbebensicher wieder aufgebaut, so dass sich die Schäden bei einem erneuten Erdbeben in Grenzen halten werden. Zusätzlich zum Wiederaufbau der ursprünglichen Stadt entstand 10 km nördlich in einem Gebiet mit einer aus geologischer Sicht wesentlich geringeren Erdbebenwahrscheinlichkeit ein neuer Stadtteil, der durch einen Boulevard mit dem alten Stadtgebiet verbunden ist.

In den letzten fünf Jahren hat die EIB die Region unterstützt, indem sie Finanzierungen und Spezialisten für Stadtplanung und -entwicklung zur Verfügung stellte. Heute steigt die Einwohnerzahl Adapazaris stetig an, und die Wirtschaft der Stadt wächst schneller als in den Jahren vor dem Erdbeben. Trotz des verheerenden Ausmaßes der Zerstörung ist die Stadt wie ein Phönix aus der Asche aufgestiegen. Die Maßnahmen in anderen Kommunen und Gebieten waren ebenfalls erfolgreich. □

Eine neue Broschüre über die Finanzierungen der EIB in der Türkei ist auf der Website der Bank www.eib.org (Veröffentlichungen) verfügbar.

